

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

<p>Erscheint wöchentlich. Abonnementpreis M. 1.— pro Quartal. Beziehen durch alle Postanstalten. Post-Nr.: 3389.</p>	<p>Verantwortlich für die Redaktion: A. Köhler, Hamburg; für die Expedition und den Anzeigentheil: S. Stabbe, Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.</p>	<p>Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30 & Bergnügungs-Anzeigen 15 &, Versammlungs- Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 & pro Petitzeile. Beklagen nach Uebereinkunft.</p>
--	---	--

Kollegen! Ehrenpflicht für Jeden von Euch ist es, Zuzug von Lübeck fernzuhalten!

Lohnbewegung.

Zuzug ist streng fernzuhalten: Von Tischlern nach **Hofort, Hagen i. W.** (A. Freitag und die Turngeräthfabrik von Meier), **Sera (Rothe)**, **Zimenau in Thüringen**, **Segeberg** (Werkstätte Böttcher); von Tischlern und Drechslern nach **Stettin, Grabow, Bredow**; von Tischlern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach **Lübeck**; von Drechslern nach **Eisenach** (Möbelfabrik von Otto Niemann), **Frankfurt a. O.** (Werkstatt Hugo Schüler), **Döbeln** (Lugsmöbelfabrik von R. Grünert), **Reitz**; von Drechslern und Stuhlbauern nach **Oberhausen** (Terlinden); von Korbmachern nach **Berlin** (Firma Ancon & Co., Inhaber Starke, Wilhelmstr. 124, und Robert Schmidt & Co., Kraftstr. 6), **Hamburg** und **Kopenhagen**.

Wir erwarten aus vorstehenden Orten mindestens alle zwei Wochen eine Mittheilung über den Stand des Streiks oder die Aussperrung; im anderen Falle streichen wir die Orte ohne Weiteres. Die Red.

Das neue Handwerksgeetz.

II.

Ueber den ersten Theil des Gesetzes, welcher sich mit freien und Zwangsinnungen beschäftigt, haben wir uns in voriger Nummer geäußert. Den zweiten Theil: Innungsausschüsse und Innungsverbände, können wir eigentlich übergehen, da er Neuerungen gegenüber den bisherigen Bestimmungen in der Gewerbeordnung nicht enthält. Erwähnt mag nur werden, daß die Innungsausschüsse nach dem neuen Geetze Korporationsrechte, d. h. die Rechte einer juristischen Persönlichkeit, erlangen können; ferner, daß die Innungsverbände (welche sich aus freien und Zwangsinnungen bilden können) die Aufgabe haben, die Innungen, Innungsausschüsse und Handwerkskammern in der Verfolgung ihrer gesetzlichen Aufgaben zu unterstützen, sowie den Behörden durch Vorschläge und Anregungen an die Hand zu gehen. Sie sollen ferner befugt sein, den Arbeitsnachweis zu regeln, Fachschulen zu errichten und zu unterstützen. Vorschriften über den Schulbesuch zu erlassen, sind sie aber nicht befugt.

Eine größere Bedeutung hat die Handwerkskammer. Ihre Mitglieder setzen sich zusammen aus den von Innungen, Gewerbevereinen und sonstigen zur Förderung des Handwerks bestimmten Vereinigungen gewählten Mitgliedern. Die Vertreter müssen über 30 Jahre alt sein, seit mindestens drei Jahren im Bezirk der Handwerkskammer ein Handwerk selbstständig betreiben, die Befugniß zur Anleitung von Lehrlingen besitzen (d. h. bürgerliche Ehrenrechte besitzen) und zum Amte eines Schöffen fähig sein. (Nach §§ 31 und 32 des Gewerbeverfassungsgesetzes also Deutsche, welche die Befähigung infolge strafrechtlicher Vergehen nicht verloren haben, gegen die kein Konkursverfahren und kein gerichtliches Strafverfahren schwebt, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann.) Der Empfang von Armenunterstützung hebt die Wählbarkeit nicht auf. Handwerker, die nicht organisiert sind, haben keinen Einfluß auf die Handwerkskammer. Wesentlich ist, daß die Landes-Zentralbehörde es in der Hand hat, bei Ausarbeitung des Statuts für die Handwerkskammer Bestimmungen zu treffen, daß die Interessen der Dorfmeister, Alleinmeister und kleinerer Handwerkerkreise nicht hintangelegt werden.

Die Wahlen finden alle sechs Jahre statt, die Hälfte der Gewählten scheidet alle drei Jahre aus. Die Verwaltung führt ein Vorstand, dem ein Regierungskommissar zur Seite steht und der jeden Beschluß der Handwerkskammer mit aufschiebender Wirkung beanstanden kann. Er hat das Recht, jederzeit von den

Schriftstücken der Handwerkskammer Einsicht zu nehmen, Gegenstände zur Berathung zu stellen und die Einberufung der Handwerkskammer und ihrer Organe zu verlangen. Die Bestellung des Kommissars soll nicht etwa nur die Bedeutung der Handwerkskammer stärken, sondern soll eine erwünschte Gewähr für die sachgemäße, von persönlichen Interessen nicht beeinträchtigte Behandlung der Geschäfte bieten. Es soll, wie es in der Begründung des Entwurfes hieß, nicht absolut erforderlich sein, daß es ein „Königlicher Kommissar“ sein muß, vielmehr kann es auch ein Kommunalbeamter oder eine besonders geeignete Privatperson sein, die mit dem Amte eines Kommissars betraut wird. Dieser Grundsatz ist auch im Geetze zur Geltung gekommen.

Als die wesentlichsten Aufgaben weist § 103c den Handwerkskammern zu:

1. Die nähere Regelung des Lehrlingswesens;
2. die Durchführung der für das Lehrlingswesen geltenden Vorschriften zu überwachen;
3. die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung des Handwerks durch tatsächliche Mittheilungen und Erstattung von Gutachten über Fragen zu unterstützen, welche die Verhältnisse des Handwerks betreffen;
4. Wünsche und Anträge, welche die Verhältnisse des Handwerks betreffen, zu beraten und den Behörden vorzulegen, sowie Jahresberichte über ihre, die Verhältnisse des Handwerks betreffenden Wahrnehmungen zu erstatten;
5. die Bildung von Prüfungsausschüssen zur Abnahme der Gesellenprüfung;
6. die Bildung von Ausschüssen zur Entscheidung über Beanstandungen von Beschlüssen der Prüfungsausschüsse.

Die Regelung des Lehrlingswesens wird also eine Hauptaufgabe der Handwerkskammern sein. Zunächst wird die Handwerkskammer Bestimmungen über Form und Inhalt der Lehrverträge treffen müssen, wird entscheiden über die Zahl der Lehrlinge, soweit nicht der Bundesrath oder die Landes-Zentralbehörde solche erlassen haben, über die Dauer der Lehrzeit im Allgemeinen und Entbindung von der Dauer der festgesetzten Lehrzeit im Einzelfalle.

Die Kosten, welche aus der Errichtung und Thätigkeit der Handwerkskammern erwachsen, werden vorerst von der Landes-Zentralbehörde vorgeschossen, werden dann aber von den Gemeinden getragen. Diese wieder sind ermächtigt, den auf sie entfallenden Theil auf die einzelnen Handwerksbetriebe umzulegen (d. h. den Handwerkern aufzuerlegen). Findet aber eine Unterwerthung, die nur für bestimmte Ausgaben statfinden darf, nicht statt, haben die Gemeinden und Kommunalverbände die Kosten der Handwerkskammern wie die übrigen Gemeindebedürfnisse in Form von Gemeindeabgaben aufzubringen. Ebenso müssen die Kosten für den Gesellenauschuß der Handwerkskammer von den Gemeinden getragen werden. Die Kosten der Lehrlings- und Meisterprüfungsausschüsse trägt die Handwerkskammer, dafür fließen aber auch in die Kasse derselben die Prüfungsgebühren. Nach § 103a Abs. 2 steht der Handwerkskammer das Recht zu, Zuwiderhandlungen gegen die von ihr innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Vorschriften mit Selbststrafen bis zu M. 20 zu belegen; vornehmlich werden übertretene Vorschriften über die Regelung des Lehrlingswesens in Betracht kommen. Eine Vertretung der Gesellen in den Handwerkskammern ist im Geetze vorgesehen. Der Entwurf der Regierung erwähnte von einer solchen nichts.

In der ersten Kommissionsberathung beantragten die sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder, einen Gesellenauschuß auch für die Handwerkskammer zu bestimmen.

Die Antragsteller wiesen mit Recht darauf hin, daß die Gesellen nicht nur ein Interesse an allen Fragen, welche speziell sie angehen, in den freiwilligen und Zwangsinnungen hätten, sondern ganz vornehmlich auch in den Handwerkskammern. Von anderer Seite befürchtete man eine Beschwerung des Apparats und meinte, daß die Wahrung der Geselleninteressen in den Innungen durch Gesellenausschüsse genügend gesichert sei. Wenn gleich von Regierungsvertretern anerkannt wurde, daß ein großer Theil der Gesellen, welche bei solchen Meistern arbeiteten, die keiner Innung angehören, in der Handwerkskammer ohne Vertretung sein würden, überwog doch der Widerspruch, den die Handwerksmeister gegen den Gesellenausschuß für die Handwerkskammer erhoben hatten. Im günstigsten Falle sollte es nach Meinung der Regierungsvertreter den Handwerkskammern gestattet sein, bei Angelegenheiten, welche die Interessen der Gesellen betreffen, die Vertreter der Gesellen (den Gesellenausschuß der Innung) unmittelbar zuzuziehen. Die Anträge der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder wurden abgelehnt, was diese allerdings nicht verhindern konnte, die gleichen Anträge gelegentlich der zweiten Kommissionsberathung wieder einzubringen, woselbst sie denn auch nach kurzer Diskussion angenommen wurden. Im Plenum fanden sie gleichfalls Annahme.

Demnach sind die Gesellen in der freien Innung (§ 95) in der Zwangsinnung (§ 100r) und in der Handwerkskammer (§ 103i und 103k) durch einen Gesellenausschuß vertreten.

Nach § 95 hat die nähere Regelung dieser Theiligung durch das Statut mit der Maßgabe zu erfolgen, daß

1. bei der Berathung und Beschlußfassung des Innungsvorstandes mindestens ein Mitglied des Gesellenausschusses mit vollem Stimmrecht zuzulassen ist;
2. bei der Berathung und Beschlußfassung der Innungsverammlung keine sämtlichen Mitglieder mit vollem Stimmrecht zuzulassen sind;
3. bei der Verwaltung von Einrichtungen, für welche die Gesellen Aufwendungen zu machen haben, abgesehen von der Person des Vorsitzenden, Gesellen, welche vom Gesellenausschuß gewählt werden, in gleicher Zahl zu betheiligen sind, wie die Innungsmitglieder.

Die Ausführung von Beschlüssen der unter Ziffer 3 genannten Einrichtungen, sowie die Regelung des Lehrlingswesens und der Gesellenprüfung bedürfen in der Innungsverammlung der Zustimmung des Gesellenausschusses. Die Ablehnung seitens des Gesellenausschusses kann aber durch Zustimmung der Aufsichtsbehörde erlegt werden.

Die Aufgaben des Gesellenausschusses bei der Handwerkskammer sind noch etwas erweitert, und lauten nach § 103k wie folgt:

1. bei Erlass von Vorschriften, welche die Regelung des Lehrlingswesens zum Gegenstand haben;
2. bei Abgeben von Gutachten und Erstattung von Berichten über Angelegenheiten, welche die Verhältnisse der Gesellen und Lehrlinge betreffen;
3. bei der Entscheidung über Beanstandungen von Beschlüssen der Prüfungsausschüsse (§ 132).

Im Falle der Ziffer 2 ist der Gesellenausschuß berechtigt, ein besonderes Gutachten abzugeben oder einen besonderen Bericht zu erstatten.

Eine nähere Erörterung dieser Aufgaben und die Wahl dieser Körperschaften behalten wir uns im nächsten Artikel vor.

Hochkultur für das Volk.

In neuerer Zeit macht eine Volksbildungsbewegung viel von sich reden, welche von den Lehrkräften der Universitäten getragen wird und bestrebt ist, die Hochschulbildung in Form freier wissenschaftlicher Vorträge

und Lehrkurse dem Volke näher zu bringen und dadurch die geistige und soziale Klust zwischen den einzelnen Schichten der Bevölkerung zu überbrücken. Ihren Ursprung hatte diese Bewegung in England, dem Mutterlande philanthropischer Ideen, wo die Universität Cambridge im Jahre 1872 zuerst auf Anregung von Petenten aus Nottingham und anderen Provinzstädten dem Plane näher trat, zur Hebung der Volksbildung und zur Ausbreitung wissenschaftlicher Disziplin volkshäufige Lehrkurse durch Hochschullehrer in großem Stile zu organisieren. Sie ernannte ein Syndikat zur Untersuchung und zur Veranstaltung probeweiser Kurse, welche mit dem günstigsten Erfolg durchgeführt wurden, so daß sich 1875 die Londoner und 1885 die Oxford University Extension der Bewegung die bekannte „London Society for the Extension of University Teaching“ gründeten. Der Unterricht wurde gründlich ausgebildet und vertieft. Man unterschied in der Hauptsache zwei Unterrichtsgruppen, eine realistische (Naturgeschichte, Physik, Chemie, Mathematik) und eine humanistische (Nationalökonomie, Geschichte, Kunst und Literatur, Philosophie usw.) Richtung, auch lebende fremde Sprachen wurden in den Lehrplan aufgenommen. Die Absolvierung von mindestens acht Kursen à zwölf Stunden nebst Prüfung in einer Fremdsprache berechneten zum Bezug der Universität ohne weitere Vorprüfung; wer sich der Abschlussprüfung unterzog, erhielt ein Zeugnis der Universität und durfte sich zum Unterschied von den gewöhnlichen Sterblichen student affiliated (admittierter Student) nennen, was den Ehrgeiz mancher Kreise ebenso reizt, wie bei uns der Ruf auf der Visitenkarte: „Reserveleutnant“. Demnächst öffneten die Universitäten Cambridge und Oxford ihre Thore auch während der Sommerferien, indem sie in ihren Lehrräumen und Laboratorien Kurse über verschiedene Wissenszweige veranstalteten. Am günstigsten entwickelte sich die Organisation und Frequenz dieser Hochschulkurse natürlich in London, wo alle Kräfte auf ein engbegrenztes, aber anspruchsvolles Gebiet konzentriert werden konnten, während Cambridge und Oxford ihre Tätigkeit stark dezentralisieren und auf zahlreiche Provinz- und Landstädte ausdehnen mußten. Von den Letzteren zweigten sich daher gar bald selbstständige „Local Colleges“ als dauernde Lehrinstitute in den Mittelstädten ab, während sich in London eine Reihe von Bezirkszentren unter der einheitlichen Leitung entwickelte.

Die ganze Organisation befrucht ihren Unterhalt hauptsächlich aus privaten Zuwendungen und aus der Erhebung von Eintrittsgeldern von den Teilnehmern der Kurse. Als Lehrer wurden nur Graduirte (Dozenten) der Universitäten verwendet und angemessen honorirt, so daß sie zur Noth von diesem Honorar allein leben konnten. Dadurch erhielt sich die Society einen ansehnlichen Kreis tüchtiger Lehrkräfte, welche bei mangelnder oder unzureichender Bezahlung schwerlich auf die Dauer sich betheiligten hätten, und einen guten Stamm langjährig geübter Lehrer, die ihre Erfahrungen mit dem Auffassungsvermögen der verschiedenen Volksschichten verwerthen konnten. Nach dem 1892/93er Report der London Society wies die Frequenz der Lehrkurse in London folgende Steigerungen auf: 1876/77 16 Kurse mit 361 Schülern; 1886/87 62 Kurse mit 5345 Schülern; 1889/90 117 Kurse mit 12397 Schülern und 1892/93 139 Kurse mit 13374 Schülern. In London wurden in 59 Lokalenten Kurse abgehalten; die Unterrichtsjahre umfaßte drei Trimester, in denen von Oktober 1892 bis Juni 1893 = 34 Serien, in der Saison 1893/94 gar 42 Serien von Kursen abgehalten wurden, darunter 33 mit je mindestens 24 Vorträgen. Die Zahl der Kurse stieg 1893/94 auf 152 mit 15665 Teilnehmern, von denen 1553 ein Abgangszeugnis erhielten. Das Budget belief sich 1892/93 auf 5400 Pfd. Sterl., davon 4000 Pfd. Sterl. für Honorare. Die Oxford University veranstaltete 1895/96 mit 29 Dozenten an 103 verschiedenen Plätzen 1004 populäre Vorträge, denen 18387 Personen beiderlei Geschlechts beiwohnten; 604 besaßen die Abgangsprüfung. Außer London waren in England gegen 200 Extensionzentren besetzt; bereits 1890 wurden in England 42312 Teilnehmer solcher Hochschulkurse gezählt, von denen 3927 die Abschlussprüfung bestanden.

Diese ansehnlichen Erfolge eines sich hauptsächlich auf private Mittel stützenden Unternehmens beweisen, daß die Hochschulausbildungsbewegung mit ihrer Idee, die Universitätslehrer in den Dienst der allgemeinen Volksbildung zu stellen, auf gesunder Basis beruht und jedwede eine große Zukunft beanspruchen darf, besonders dann, wenn sie von staatlicher Seite genügend unterstützt wird.

Sehr rasch griff diese Bewegung denn auch auf den Kontinent und sogar auf Nordamerika über und hat dort eine Reihe von thätigen Centren geschaffen, so in Skandinavien, Belgien, Schweiz, Oesterreich und

neuerdings auch in Deutschland. In Brüssel griff die freie Universität den Plan auf, bildete einen Zentralausschuß und Lokalcomités und richtete die Organisation nach englischem Muster ein. Mit den Vorträgen wurden Professoren und Dozenten betraut und in der Saison 1893/94 in den Städten Brüssel, Antwerpen, Charleroi, Mons, Malines, Hasselt usw. eine Reihe von Kursen abgehalten, die trotz der Sprachschwierigkeiten und trotz der kirchlichen Opposition gut besucht waren. Bald darnach folgte auch die Universität Lüttich mit gleichen Kursen. Bevorzugt wurden medizinische und soziologische Kurse; desgleichen wurden für Schullehrer und Frauen besondere Vorträge veranstaltet. In Bern ging die Bewegung von der Sozialdemokratie (Sozialpolitischer Verein) aus und wurde bald darauf den Hochschullehrern übertragen. Begonnen wurde mit 6 Vortragskursen und 41 Einzelvorträgen, deren Darbietungen sich meist auf soziologische und volkswirtschaftliche Materien bezogen. Auch hier war der Erfolg derart, daß die Kurse bald auf andere Orte ausgedehnt werden konnten. Die Vorträge sind hier öffentlich und unentgeltlich und es geht die Initiative meist von Bildungs- und Arbeitervereinen aus, die sich zu diesem Zwecke mit der Vortragskommission in Verbindung setzen und ihr Versammlungslokal, Publikation und sonstige Kostendeckung zur Verfügung stellen.

In eine wichtige Phase ist die University-Extension in Oesterreich getreten, wo sie sich der staatlichen Unterstützung erfreut. Auch hier gab das Volksbedürfnis die Anregung, denn seit 1887 hatte der Wiener Volksbildungsverein Sonntagsvorträge veranstaltet, die sich eines ungewöhnlichen Erfolges erfreuten, so daß der Verein auch zu Wochenkursen übergehen konnte. Er ersuchte die Regierung um eine finanzielle Beihilfe von fl. 1500, unter Hinweis auf die Erfolge der englischen University-Extension, mußte sich aber mit einer kaum nennenswerthen Unterstützung begnügen und führte die Wochenkurse mit Hilfe privater Sammlungen bis 1893 unter großen Opfern durch, wo er sich dann wegen Mangels an Mitteln zu deren Aufgabe gezwungen sah. Doch gelang es ihm, das Interesse der Wiener Universität für diese Volksbildungskurse zu erwecken, welche denn auch energisch die Sache in die Hand nahm und die Regierung um eine jährliche Unterstützung von fl. 6000 anging. Ihrem Ersuchen wurde entsprochen und im Jahre 1895 begann die österreichische University-Extension ihre praktische Wirksamkeit. Nach dem ersten Jahresbericht für 1895/96 wurden im November und Dezember 1895 24, im Januar und Februar 1896 24 und im Februar und März 1896 10 Kurse à 6 Abende abgehalten, welche 2531, 2233 und 1409 Hörer umfaßten, also durchschnittlich pro Kursus 106 bzw. 93 und 141 Hörer. Die Unterrichtsgegenstände betrafen 17mal Medizin, 15mal Naturwissenschaft, 13mal Geschichte, 8mal Literatur- und Kunstgeschichte und 5mal Rechtswissenschaft. Die stärkste Frequenz wiesen die medizinischen und naturwissenschaftlichen Kurse auf, während volkswirtschaftliche und soziologische Materien ganz unvertreten blieben, trotzdem die Wiener Universität hierin keinen Mangel an tüchtigen Kräften hat. Jedenfalls trug man Bedenken vor allen mit der Tagespolitik irgendwie zusammenhängenden Lehrstoffen und unterdrückte dieselben aus ängstlicher Rücksichtnahme auf die den Unterhalt spendende Regierung. Die Vorträge wurden theils in Schulräumen, theils in Hörsälen der Universität abgehalten und es betrug der Gesamtanwand fl. 9000, davon fl. 5500 für Honorare. Gegen fl. 3000 wurden als Eintrittsgeld der Zuhörer (pro Kursus 50 Kr.) vereinnahmt. Die Hörer setzten sich zusammen aus allen Bevölkerungskreisen, je nach der Lage des Vortragslokals. Auch im übrigen Oesterreich hat die Hochschulausbildung bereits Nachfolge gefunden. Die Wiener Universität will auch außerhalb Wiens Hochschulkurse einrichten; über die Verwirklichung dieses Plans liegt uns jedoch noch kein Bericht vor. In Prag hat ein Verein unter Leitung von Professoren der deutschen Universität Prag mehrere Vortragszyklen in Prag und Reichenberg veranstaltet und die Jungtschechen verlangen deshalb von der Regierung eine Subvention für die Prager tschechische Universität zur Durchführung von Hochschulkursen für tschechische Teilnehmer.

Deutschland kommt in der Reihe der Staaten mit Hochschulausbildung an letzter Stelle; hier haben sich bis jetzt nur drei Universitäten für populäre Hochschulkurse interessiert, nämlich in München, Leipzig und Berlin. Wer unsere Hochschulaufhältnisse näher kennt, wird sich darüber nicht sonderlich wundern, denn ihm kann die reaktionäre Strömung nicht unbemerkt geblieben sein, die seit dem Anwachsen der Sozialdemokratie die maßgebenden Kreise beherrscht und jede Volksbildung darnieder zu halten sucht, damit die Erkenntnis der sozialen Lage und Missstände nicht bis in die untersten Volksschichten hindurchdringe. Nur eitel überpannte Thoren können behaupten, daß Deutschlands Volksschulunterricht

alle solche Bestrebungen überflüssig mache. In Wirklichkeit ist die junkerlich-pfäffische Reaktion jeder Volksbildung feindlich gesinnt, und das hatten auch die ersten Hochschulausbildungsversuche in Deutschland zu verspüren, als das gesammte reaktionäre Pressegehirn von der „Kreuzzeitung“ und „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bis zu den „Hamburger Nachrichten“ und der „Kölnischen Zeitung“ wie wüthend über die neue Idee herfiel und dieselbe systematisch begeiferte. Da regnete es förmlich von Schlagworten wie „Demagogie“, „Halbbildung“, „Anstiftung von Unzufriedenheit“ und „Förderung der Sozialdemokratie“, und der Senat der Berliner Universität, der so wie so nicht an überfestem Rückgrat litt, hat darauf den Staat gerettet, indem er den Dozenten jede Bethätigung an einem solchen Unternehmen verbot und jede Initiative ablehnte. In Leipzig und München ließ man sich jedoch nicht abschrecken, sondern ging energisch an die Durchführung. In München trat unter Brentano's Leitung ein „Volkshochschulverein“ in's Leben zwecks Verbreitung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse in Volkskreisen durch Veranstaltung von Lehrkursen in und außer München. Der Anfang wurde mit 3 Vortragszyklen über Hygiene, Volkswirtschaft und Geographie gemacht, von denen jeder 4-6 Stunden umfaßte. Als Eintrittsgebühr wird pro Cyklus M. 1, für mehrere Cyklen M. 2 und pro Einzelvortrag 50 ¢ erhoben. In Leipzig sind von Januar bis März 12 Hochschulvorträge von Professoren und Dozenten der Universität gehalten worden, wofür das Entree auf 10 ¢ pro Vortrag und M. 1 für die ganze Serie bestimmt war. Die Leipziger Veranstaltung war jedoch von dem englischen Vorbild recht weit entfernt, da sie keine größeren Vortrags- oder Unterrichtskurse, sondern unabhängige, beliebig ausgewählte Vorträge bot, die bei aller Werthschätzung für einen systematischen Volksunterricht nicht ausreichen. Nach dem soeben erschienenen Bericht schwankte die Frequenzziffer für die Einzelvorträge (ausgenommen den ersten mit beschränkter Kartenausgabe) zwischen 796 und 1177; die Gesamtfrequenz betrug 10546, wovon 76,6 pZt. auf männliche und 23,4 pZt. auf weibliche Besucher kamen. Von männlichen Besuchern gehörten zu Industrie und Gewerbe 22,8 pZt., polygraphische Gewerbe 10,7 pZt., Handeltsgewerbe 18,7 pZt., Verkehrsgewerbe 4 pZt., wissenschaftliche Berufe 9,6 pZt., persönliche Dienste 0,3 pZt., öffentliche Dienste 5 pZt., Privatbeamte 2,4 pZt. und sonstigen Berufen 3,1 pZt. Die Ausgaben hat der Kartenvorverkauf gedeckt. Ob eine Wiederholung solcher freien Vorträge oder eine Erweiterung zu Kursen beabsichtigt ist, darüber verlautet bis jetzt noch nichts. Zu wünschen wäre das Letztere. Die Arbeiterklasse kann solchen Bestrebungen nur sympathisch gegenüber stehen; sie tragen zur Erweckung des Wissensdurstes und zur Hebung der Volksbildung bei und können als Gegenleistung der Akademien und ihrer Jünger gelten für die Mittel, die alljährlich aus dem Steuerfädel des Volkes für wissenschaftliche Lehren und Zwecke aufgewandt werden. Ganz entschieden treten wir dafür ein, daß der Staat für die systematische Organisation und Unterhaltung solcher freien Hochschulkurse die nöthigen Mittel beisteuert und für Ausbreitung dieser Bildungsinstitute Sorge trägt. Aber ebenso entschieden müssen wir uns gegen jede engherzige Beschränkung des Lehrplans wenden, welche aktuelle Tagesfragen, wie Volkswirtschaft, Statistik, Soziologie usw. ausschließen beabsichtigt; hier vertreten wir die Meinung, daß das Volk ein Recht hat, in allen das Leben des Staatsbürgers berührenden Wissenszweigen rein sachlich unterrichtet zu werden, umso mehr, als die Volksschule, wie auch der Fortbildungsunterricht, diese wichtigste Aufgabe der Heranbildung von Staatsbürgern gänzlich vernachlässigen. Freilich muß unter dem Eindruck der heutigen Situation, wo Militarismus und Marinepatriotismus das Szepter führen, bezweifelt werden, ob Deutschland oder seine Bundesstaaten für solche Kulturaufgaben Geld übrig haben. Von Preußen wenigstens ist in dieser Hinsicht wenig zu erwarten; das ist bereits zur Genüge bekannt.

Der Korbmacherstreit in Hamburg.

Wie schon kurz mitgeteilt, befinden sich in Hamburg circa 350 Korbmacher im Streit, denen sich sämtliche Korbmacher in Westphalen, circa 125, angeschlossen haben. In einer am 21. Oktober stattgefundenen Extramitgliederversammlung der hiesigen Hamburg erhaltete das Mitglied der Streikkommission, Kollege Holz, Bericht über den gegenwärtigen Stand. Er führte aus: Es sei den Arbeitern schon lange so vorgekommen, als ob die Arbeitgeber eine Lohnreduktion beabsichtigten, denn namentlich Herr Ahrens-Hamburg habe fortgesetzt in der „Holzarbeiter-Zeitung“ Arbeiter für hier gesucht und auch mit Erfolg; daher habe in der letzten Zeit ein Ueberfluß an Arbeitkräften geherrscht. Am Sonnabend, den 16. Oktober, sei den Arbeitern der hiesigen Firmen Henning Ahrens und Gebr. Schröder mit-

*) Wenn die Korbmacher Derartiges ahnten, genügt eine kurze Mitteilung an die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung“ und das Inserat wäre nicht mehr aufgenommen. D. Red.

geheißt worden, daß vom Montag, den 18. Oktober, ab für Kugelkörbe nur noch M. 4,50 statt wie bisher M. 5 bezahlt werde. Eine am Sonntag stattgefundene Versammlung habe zwar mit großer Majorität beschlossen, sich unter keinen Umständen den Abzug gefallen zu lassen, wählte aber eine Kommission, die mit den Fabrikanten noch einmal unterhandeln sollte. Die Behandlung, die den Kommissionsmitgliedern zu Theil geworden sei, veranlaßte sehr viele noch schwankende Kollegen, für den Ausstand zu stimmen, und so wurde am Dienstag mit aller Energie in den Ausstand getreten, der, wie Redner bestimmt glaube, in nicht allzulanger Zeit zu Gunsten der Arbeiter beendet sein werde. Die organisierten Korbmacher von Hamburg und Altona seien allgemein der Ansicht, daß, wenn man sich diesen Abzug würde gefallen lassen, in kürzerer Zeit weitere Abzüge erfolgen würden. Man sei daher zu diesem Abwehrstreik gezwungen und bitte um finanzielle Unterstützung desselben. Noch Eins wolle Redner nicht unerwähnt lassen. Wenn Herr Ahrens behauptete, daß die Gesellen selbst bei den reduzierten Löhnen einen Durchschnittsverdienst von wöchentlich M. 46 hätten, so müsse er bemerken, daß in der Ahrens'schen Werkstätte die Arbeitszeit außerordentlich ausgenutzt werde und ein solcher Verdienst wohl möglich sei; aber Zweierlei werde dabei nicht berücksichtigt: erstens vergesse Herr Ahrens anzugeben, welche großen Summen er in verhältnismäßig kurzer Zeit bei der Anfertigung von Körben verdient habe, und dann vor allen Dingen, daß die Arbeitsgelegenheit nur kurze Zeit dauere und der guten Geschäftigkeit eine längere Periode der Flaute folge. Was den Stand des Streiks anbelange, so sei zu bemerken, daß von den hiesigen 350 ausständigen Korbmachern bereits viele abgereist seien und daß auch in Geseßhacht von den 125 Streikenden 80 anderweitig Beschäftigung gefunden hätten. Der Vorsitzende der Sektion der Korbmacher, Kollege Wehe, ergänzte die Ausführungen des Redners, indem er darauf hinwies, daß die Berliner Kollegen, die nicht dem Holzarbeiterverband angehörten, durch Arbeitseinstellung eine Lohnerhöhung von M. 4,50 auf M. 4,80 erzielt hätten. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution mit großer Majorität angenommen: Die am 21. Oktober in Edlitz's Stabliement versammelten Mitglieder des deutschen Holzarbeiterverbandes erklären sich mit dem Vorgehen der Sektion der Korbmacher einverstanden und versprechen, dieselben mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln sowohl moralisch wie finanziell zu unterstützen.

Pflicht der auswärtigen Korbmacher, vornehmlich Berlins, Verbnrgs, Grandaus, ist es, Bezug von hier streng fernzuhalten, dann dürfte der Streit nicht lange währen. Nothwendig ist ferner, daß die ledigen Kollegen Hamburg verlassen und anderswo Unterkommen suchen. Wie aus Arbeitgebertreuen verlautet, hat die Lohnreduktion stattgefunden, weil die jetzt in Arbeit befindlichen Gesellschafter in Vorrath, also nicht auf Bestellung gemacht wurden, sie aber glauben, es werde später eine größere Bestellung kommen und deshalb hätten sie die Leute nicht entlassen wollen. Die Arbeiter behaupten, daß dem nicht so ist. Die nächsten Wochen werden darüber Klarheit bringen. Also von Hamburg fern bleiben!

Hundjagd.

† Der sozialdemokratische Reichs- und Landtagsabgeordnete Karl Grillenberger ist am 19. Oktober, Nachmittags 6 Uhr 35 Minuten in München gestorben. Am gleichen Tage, Vormittags, hatte er noch in der Bayerischen Kammer eine treffliche einstündige Rede für das Wahlrecht gehalten. Am Sonntag Nachmittags 3 Uhr ist das, was sterblich an ihm war, im Krematorium in Göttingen in einem Häuflein Asche geworden. Der Verstorbene war von Beruf Schlosser und gehörte keiner Organisation, dem Metallarbeiterverbande, an. Im Reichstage hat er seit 1881 den Wahlkreis Nürnberg vertreten. Grillenberger war der Besten einer, der stets und unermüdet in Wort und Schrift für die Rechte des arbeitenden Volkes eingetreten ist; namentlich war er auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung des Arbeiterschutzes äußerst bewandert und konnte infolgedessen stets Jedem mit Rath und That zur Seite stehen. Daß arbeitende Volk, nicht nur in Deutschland, sondern weit über dessen Grenzen hinaus, wird dem wackeren Kämpfer für die Volksrechte ein ehrendes Andenken bewahren!

Erhebungen über die Dauer der Arbeitszeit werden jetzt, gemäß dem vom Reichstage am 19. Februar gefassten Beschlusse, vorgenommen. Nach dem Wortlaute dieses Beschlusses wurden die Regierungen ersucht: 1) Erhebungen — insbesondere unter Befragung der Gewerbeaufsichtsbeamten, der Krankenkassenvorstände und Ärzte, sowie durch Vergleichung der Statistik der Krankenkassen und Invaliditätsanstalten — darüber anzustellen, in welchen gewerblichen Betrieben durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird; 2) auf Grund dieser Erhebungen überall dort, wo eine solche Gesundheitsgefährdung vorliegt, in Ausführung des § 120e Abs. 3 der Gewerbeordnung durch entsprechende Bestimmungen die Arbeitszeit zu regeln. — Der Gewerbeinspektor Neumann in Magdeburg hat nun, wie die Halberstädter „Sonntagszeitung“ mittheilt, an Vorstände von Ortskrankenkassen ein Schreiben gerichtet, worin es heißt: „Die Gewerbeinspektion ist aufgefordert worden, zu den Punkten 1 und 2 Bericht zu erstatten. Da eine das gesammte Gebiet der Industrie umfassende Untersuchung darüber, in welchen gewerblichen Betrieben durch übermäßige Dauer der Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, eine unverhältnismäßig große Arbeit erfordern würde, möchte ich zunächst versuchen, eine Uebersicht darüber zu gewinnen, welche Arten von Gewerben nach der bisher gemachten Beobachtung überhaupt für die Ausführung des § 120e Abs. 3 der Gewerbeordnung weiterhin in Frage kommen und wie im Allgemeinen die Regelung zu erfolgen haben würde. An den Vorstand gefaltete ich mir zu diesem Zwecke die ergebene Anfrage zu richten, ob wohl derselbe in der Lage ist, einige Anhaltspunkte für diese Erhebungen mit zu geben und ob dort Fälle bekannt geworden sind, in welchen Krankheiten u. auf eine übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit zurückzuführen waren. In diesem Falle bitte ich die be-

troffenen Personen und die Verhältnisse, in welchen sich dieselben befinden, näher bezeichnen zu wollen.“ Der erwähnte Beschlusse des Reichstages war die Folge des von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Antrages auf Einführung des Achtstundentages.

Vom „Segen“ der Unfallversicherung. Wie in mehreren politischen Blättern zu lesen ist, soll von mehreren Regierungen Erhebung darüber angefordert werden, ob nicht eine Revision des Gesetzes nothwendig sei. „Man werde nicht fehlgehen“, so schreiben die „Berl. Pol. Nachr.“, „wenn man diese Erhebungen mit der Entscheidung der Zentralinstanzen über die Wiedereinbringung der vom Reichstage nicht erledigten Novelle zu den Arbeiterversicherungsgeetzen in Zusammenhang bringt. Die allgemeine Stimmung in der Industrie sei gegen baldige Revision des Unfallversicherungsgesetzes, und zwar schon deshalb, weil letztere nicht nothwendig ist.“

Sicher würden die Arbeiter, wenn sie befragt worden, eine andere Antwort geben. Man befürchtet in Unternehmerkreisen, daß, wenn eine Revision vorgenommen wird, sie nicht zu ihren Gunsten ausfallen könnte, und in Regierungskreisen scheint es, als wolle man die bedrängte Industrie und Landwirtschaft entlasten. Wie groß die Belastung der letzteren und der „Segen“ für die in derselben beschäftigten Arbeiter ist, zeigt folgender Fall: Ein jugendlicher landwirtschaftlicher Arbeiter erlitt einen Bruch des rechten Armes. Die Heilung ist mangelhaft erfolgt, so daß der Arm krumm ist. Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in Polen bewilligte eine Rente von 10 pSt. und ließ, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen, den anrechnungsfähigen Jahreslohn auf M. 165 fest. Der Verletzte erhält demnach eine Unfallsrente von jährlich M. 11 oder monatlich 92 Reichspfennig. Wegen dieser Summe muß der Vater nun jeden Monat eine Quittung vorzulegen, sich auf das Amt begeben zum Zwecke der Nichtigkeitsbescheinigung der Namensunterschrift und dann damit zum zuständigen Postamt zwecks Erhebung der Rente.

Trotz aller solcher Konstatierungen unterläßt es aber eine gewisse Sorte Leute nicht, bei jeder Gelegenheit die „Krone der Sozialreform“ bis in den Himmel zu erheben und über die Lasten, welche die Landwirtschaft zu tragen habe, ein Pamphlet anzufertigen. Daß den Pferden mehr Aufmerksamkeit zugewendet wird, als den Menschen, daß man um deren körperliches Wohl mehr besorgt ist, beweist eine Bekanntmachung des herzoglichen Landesguts für Anhalt: „Zur Förderung sachgemäher Aufzucht und guter Haltung zur Zucht verwendeter Pferde sollen Stallungen und Tummelplätze mit Staatsgeldpreisen im Höchstbetrage von M. 75 resp. M. 25 ausgezeichnet werden. Prämierungsfähig sind solche Neuanlagen oder Verbesserungen, welche den Grundbesitzern der Gesundheitspflege entsprechen und im Laufe dieses Jahres vorgenommen wurden. Genügender Aufraum für jedes einzelne Pferd, Trockenheit und gleichmäßige Temperatur im Stalle, ausreichender Lichtzutritt bei zweckdienlicher Anordnung der Fenster, Anlage für Erneuerung der Luft und sofortige Beseitigung der thierischen Abfallstoffe werden bei der Preisurtheilung besondere Beachtung finden. Tummelplätze müssen bei genügender Größe und trockenem, festem Untergrunde thunlichst Schutzvorrichtungen gegen Sonnenbrand und Unbilden der Witterung besitzen.“

Ob es nicht auch gut wäre, wenn ähnlich für die Stallungen — pardon Wohnungen — und Arbeitsplätze der menschlichen Arbeitsthiere auf dem Lande Staatsgeldpreise ausgesetzt würden? Darum kümmern sich natürlich die „Edelsten und Besten der Nation“ nicht im Geringsten. In elenden Lehmhütten ohne Fußböden hausen die Arbeiter jener Pferdereform, und selbst die lautesten Klagen und herben Kritiken haben nicht vermocht, Wandel zu schaffen. Leute, die es wagten, die Wohnungsmiswirthschaft auf den Domänen der Krone- und Rübenerjunker öffentlich zur Sprache zu bringen, wie der Pfarrer Köpcke, werden gemahregelt und fast gekelt.

Daß auch die Arbeiter, speziell die in Hamburg, für alles Andere, besonders für den Profit, mehr Verständnis haben, als für Hülfeleistungseinrichtung bei eventuellen Unfällen, die den Hafensarbeitern so häufig bei der Nacharbeit zufließen, beweist, daß folgendes Gesuch der Arbeiter abgelehnt wurde: „Es möge darauf hingewirkt werden, daß, analog einer schon für die Tageszeit bestehenden Einrichtung, auch für die Nachzeit Vorkehrungen getroffen werden, durch welche bei einem an Bord eines Schiffes sich ereignenden Unglücksfall möglichst schnell Hilfe herbeigeschafft werde; zu diesem Zwecke soll das Hülfe begehrende Schiff Blaulicht zeigen und dieses Signal von den auf Patrouille befindlichen Hafenpolizeibeamten beachtet werden; die Beamten sollten sich dann an Bord des Schiffes begeben und für die sofortige Beförderung des Verunglückten in ein Krankenhaus sorgen.“

Begründet wurde die Ablehnung damit, daß während der Nachtzeit sich nicht so viele Unglücksfälle im Hafengebiet ereigneten, um die Einführung der beregten Vorkehrungen genügend begründen zu können. — Natürlich, es sind ja auch nur Arbeiter, die Nachts im Interesse des Arbeiterprofits sich Arme, Hals und Beine brechen, würde es sich um Pferde oder sonstiges Vieh handeln — ja Bauer, das wäre schon etwas Anderes.

Weg mit der unsinnigen Forderung auf Erweiterung der Arbeiterfürsorge. In der landwirtschaftlichen Presse verlautete vor wenigen Tagen, eine landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft solle regierungsseitig angehalten werden, Unfallversicherungsvorschriften zu erlassen. Dagegen wird von der bekannten Seite opponirt und gesagt:

„Der § 87 des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes gebe den Berufsgenossenschaften die Befugniß zum Erlaß solcher Vorschriften, lege ihnen aber eine Verpflichtung nicht auf. Also von einem Zwang zum Erlaß der Vorschriften könne nicht die Rede sein.“

Natürlich, wozu sind auch Vorschriften und nun gar noch Schutzvorrichtungen nöthig; das Menschenfleisch ist ja so billig, und was kommt's denn auch darauf an, ob ein Tagelöhner oder dessen Frau und sonstiges Gesinde im Dienste eines offenkundigen Ochsenjagers Arme und Beine oder gar ihr Leben einbüßen. Besser ist's, das Geld für Maitreffen, in Rennen und Spielen zu verhaufen und sonstigen landesgemäßen Extravaganzen zu genügen, als Schutzvorrichtungen für einige lumpige Mark zu beschaffen. — Also fort mit der unsinnigen Arbeiterfürsorge!

Der Staat als Musterarbeitsgeber. Das „Vamb. Echo“ berichtet, daß auf dem Staatszimmerplatz auf Steinwärder am vorletzten Sonnabend fünf Zimmerleute im Alter von 45

bis 66 Jahren entlassen wurden, weil sie zu alt sind. Einer der Entlassenen ist zwölf Jahr im Staatsdienst beschäftigt gewesen, mehrfach dabei zu Schaden gekommen und dauernd geschädigt worden. Die alten Leute, die da glaubten, daß der Staat weniger hartzig sein würde als ein Privatunternehmer, haben sich darin arg getäuscht und sehen nun einer traurigen Zukunft entgegen, da die Privatunternehmer eben, wenig wie der Staat alte Arbeiter haben wollen, weil junge, kräftige Kräfte in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen.

Der Staat handelt genau wie der Privatunternehmer nach dem Grundsatz: „Alte Leute kann ich nicht gebrauchen, und wenn der Nahe seine Schuldigkeit gethan hat, kann er gehen.“

Wie die Sozialistenfresser Zahlen für sich auszunutzen verstehen, zeigt eine Notiz im Hamburger Bismarckorgan. Es heißt dort: „Ein bemerkenswerthes Material zur Beurtheilung der sozialen Verhältnisse enthält die statistische Aufnahme über die ergänzungssteuerpflichtige Bevölkerung und ihr Vermögen in Preußen. Das gesammte Vermögen ist demnach auf 64 Milliarden festgesetzt, und zwar umfaßt die ergänzungssteuerpflichtige Bevölkerung im Ganzen 4 379 952 Personen, die unselbständigen Angehörigen mit eingerechnet. Das sind auf 100 Köpfe der Bevölkerung rund 14 Personen. Auf dem Lande gehörten unter 1000 Personen 143, in den Städten 185 zum ergänzungssteuerpflichtigen Theil der Bevölkerung. Die Reichshauptstadt weist ein steuerbares Vermögen von 7,82 Milliarden nach; das sind M. 4767 auf den Kopf. Im Landgebiet von Stralsund sind es nur 1698, d. h. bei einer allgemeinen Theilung aller Güter, wie die Sozialdemokraten es wollen, erhielte ein Proletarier in Berlin M. 4767, in Stralsund Land 1698, durchschnittlich in Preußen etwa M. 1950 Kapital, von denen er im Jahre M. 55 bis 60 Zinsen erhielte. Und um diese M. 55 soll bemerkt dazu die „Rheinisch-Westf. Btg.“, der Arbeiter-Proletarier Reich, Staat, Kirche, Gesellschaft zerschlagen! Um einen halben Monatslohn Alles zerrummern! Diese Durchschnittszahlen sind sehr werthvoll, gegenüber dem Hauptzweck derjenigen sozialdemokratischen Agitation, welche auf die Massen mit dem Gegenstoß von Reich und Arm und dem verheißenden Zukunftsbilde nicht nur einer „gerechten Theilung“ des Besitzes wirken möchte. Diese Zahlen bekunden erstens, daß der Besitz eine verhältnismäßig sehr gesunde Vertheilung hat, und auf der anderen Seite, daß ein Arbeiter, der gesund ist, und sich zu beschäftigen sucht, dank der Versicherung gegen Krankheit und Invalidität und bei der Aussicht auf eine Arbeiterversorgung durch seine Erwerbshätigkeit über ein weit größeres Kapital bereits verfügt, als ihm eine „Theilung“ zu verschaffen vermöchte.“

Wenn alle Arbeiter-Proletarier M. 1950 Einkommen hätten, würden sie gern auf die M. 55 Zinsen verzichten. Die Zahlen beweisen aber genau das Gegentheil von dem, was der Sozialistenfresser beweisen will. Sie zeigen, wie ungerecht gerade das Einkommen vertheilt ist. Wenn 60 Prozent nur über ein Einkommen von unter M. 600, 20 Prozent der Bevölkerung bis zu M. 900 und nur 10 Prozent von M. 900—2000, aber 10 Prozent über ein Einkommen von Tausenden bis Millionen verfügen, darf doch sicher von einer „gerechten Theilung“ geredet werden, in dem Sinne, daß recht bald eine „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ eintreten möchte. Mit dem Hinweis auf die Versicherung gegen Krankheit und Invalidität jagt man keinen Hund hinterm Ofen her, geschweige kann man den Arbeitern weiß machen, daß das in jenen Klassen liegende Vermögen eine ausgleichende Gerechtigkeit zwischen Besitzenden und Beschäftigten bedeute. Die Agitation unter den Massen und der stete Hinweis auf den Gegensatz von Arm und Reich wird so lange nicht aufhören, wie das Proletariat unter der „ungerechten Theilung“ der von ihm geschaffenen Werthe und Produkte zu leiden hat. Daran wird die Hege der Bismarckpresse gegen die Agitatoren nicht das Mindeste ändern.

Ein Schritt zur Reform des Submissionswesens. In Danabrad hat der Magistrat Normativbestimmungen über die Vergabe öffentlicher Arbeiten erlassen. Darnach werden die Handwerker, die städtische Arbeiten übernehmen wollen, auf dem Stadtbauamte in ein Verzeichniß eingetragen, sofern sie nach Persönlichkeit und Leistungsfähigkeit als geeignet erkannt und bezeichnet worden sind. Arbeiten von geringem Umfange (als Mindestsätze sind z. B. bei Dach- und Schieferdeckerarbeiten M. 200, bei Klempnerarbeiten M. 75, bei Maurerarbeiten M. 300, bei Schlosserarbeiten M. 75, bei Tischlerarbeiten M. 150 angenommen) werden freihändig vergeben, und zwar nach der Reihenfolge der in dem Verzeichniß angemeldeten Personen. Bei größeren Arbeiten erfolgt die Vergabe im Submissionswege. Umfassende Lieferungen sollen thunlichst in mehrere Lose zerlegt und in einzelnen Nummern ausgeschrieben werden. Die Lieferungsrisiken sollen nach Möglichkeit zu bemessen werden, daß auch kleinere Gewerbetreibende mit submittieren können. Bei der Ertheilung des Zuschlages sollen diejenigen Angebote nicht berücksichtigt werden, die um 25 pSt. oder mehr unter dem Anschlage bleiben. Der Zuschlag soll an einen der drei Mindestfordernden erfolgen, wobei auch hier die im letzten Satz erwähnten Unterangebote nicht gerechnet werden. — Im Gothaischen Landtage wurden bezüglich der im Submissionswege zu vergebenden öffentlichen Arbeiten seitens der sozialdemokratischen Fraktion folgende Anträge gestellt:

„Der Landtag wolle beschließen: Die herzogliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag noch in seiner gegenwärtigen Tagung einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem I. die Gehalts- und Lohnverhältnisse der unteren Klasse der Staatsbeamten und staatlichen Arbeiter eine Aufbesserung in der Richtung erfahren, daß die Gehälter bzw. Löhne derselben nicht unter M. 3 pro Tag bei zehnstündiger Arbeit betragen. II. Bei Vergabe von staatlichen bzw. öffentlichen Arbeiten sind, soweit dieselben nicht direkt an Arbeitercorporationen vergeben werden können, den Unternehmern folgende Bedingungen zu stellen: 1. Dem Unternehmer liegt die Verpflichtung ob, an seine Arbeiter keinen niedrigeren Lohn zu zahlen, als an gelernte Handwerker 35 pSt., an Handarbeiter 30 pSt. pro Stunde. Für jugendliche Arbeiter bis zu 20 Jahren und invalide und alle Arbeiter laur auf Antrag des Unternehmers eine Abweichung von den Minimallohnsätzen gestattet werden. 2. Der Unternehmer darf keine Arbeiter länger als zehn Stunden pro Tag arbeiten lassen. 3. Die Verlängerung der Arbeitszeit, sowie das Arbeiten an Sonntagen darf nur mit Einwilligung der Behörden, welche die Arbeiten vergeben, geschehen. 4. Bei Verlängerung der Arbeitszeiten müssen für die erste Ueberstunde 10 pSt., für die zweite 20 pSt., für die dritte 30 pSt. Lohnzuschlag bezahlt

werden. 5. Bei Sonntagsarbeit muß der gewöhnliche Tagelohn um 50 pzt. erhöht werden. 6. Die Ruhe- und Mahlzeitpausen werden nach dem örtlichen Gebrauch geregelt. 7. Diese Bestimmungen sind in der Werkstatt, der Baustelle u. sichtbar auszuhängen."

Was darnach kommen wird, geht schon daraus hervor, daß der Landtag es ablehnte, einen Sozialdemokraten in den Landtag auszuwählen zu wählen.

Ein Beweis gegen den Achtstundentag? Die englische Firma Richmond & Co., welche seit einem Vierteljahr den Achtstundentag eingeführt hat, will, wie sie dem Verein Londoner Maschinenfabrikanten mitgeteilt haben soll, schlechte Erfahrungen mit demselben gemacht haben. Die „Hamb. Nachr.“ veröffentlicht dies angebliche Schreiben, das wie folgt lautet:

„Während der drei Monate, wo der achtstündige Arbeitstag in unserer Fabrik bestand, haben wir seine Wirkungen aufmerksam verfolgt, besonders was die Produktionskosten betrifft. Es thut uns leid, sagen zu müssen, daß die Arbeiter, statt in der Stunde mehr zu leisten (nicht in acht Stunden mehr als in neun) weniger geleistet haben. Unsere Bücher beweisen es. Da unsere Arbeit zum größten Theile Spezialität ist und deshalb stets dieselbe Arbeit wieder vorkommt, ist es leicht, Vergleiche anzustellen. Unsere Bücher beweisen, daß die Arbeit weit mehr gelostet hat, als der Unterschied ausmacht zwischen einer 48stündigen und einer 54stündigen Arbeitswoche. Ob die Tatsache, daß die Arbeiter weniger Arbeit liefern, zum Theil aus dem Umstande herrührt, daß sie aufgeregt sind, was die Folge hat, daß sie mehr oder minder unzufrieden sind, wissen wir nicht. Jedenfalls aber bestanden die alten Vorgeleihen weiter. Schließlich haben wir die Unmöglichkeit eingesehen, unser Geschäft unter solchen Verhältnissen weiter zu führen, und gelangten zu dem Schlusse, daß es besser wäre, wenn es durchaus sein müßte, unsere Fabrik zu schließen, bis sich die Dinge ordneten oder uns, so gut es eben ginge, mit Nichtgewerkschaftern durchzusetzen.“

Zu einem günstigeren Zeitpunkt als gegenwärtig, wo die gesamten englischen Maschinenbauer am den Achtstundentag im Kampfe stehen, konnte das Schreiben der Firma Richmond & Co. für die arbeitereindliche Presse garnirt bestellt werden. Jetzt hat man doch den „Beweis“, daß durch den Achtstundentag die Produktion sich verringert und — die Industrie ruinirt wird! Was kann da also für die Fabrikanten näher liegen, als sich gegen die Axtentäter auf das Leben der Industrie zur Wehre zu setzen. Also in einem Vierteljahr ist die Firma Richmond & Co. nahezu an den Rand des Verderbens gebracht, so daß sie eventuell gezwungen ist, die Fabrik zu schließen oder sich mit Nichtgewerkschaftern durchzusetzen. Armer Richmond! Wenn die Aufregtheit der Arbeiter über die profitungrigen Fabrikanten (die prohlen, trotz des langen Streiks der Maschinenarbeiter nicht zu Grunde zu gehen) sich nur erst gelegt hat, dann werden sich die Dinge schon wieder ordnen. Also trodne den Anglisthweiß, armer Richmond, es wird schon noch wieder besser werden!

Maßregelung der Fabrikinspektoren von Illinois. In Nordamerika erregt die Entlassung der bekannten Fabrikinspektoren Florence Kelley durch den neuen Gouverneur von Illinois, Mr. Tanner, begreifliches Aufsehen. Den Anlaß bildete ein Konflikt der Oberinspektoren mit der Illinois Glas Compagny in Alton, bei welcher Gesellschaft die Oberinspektoren erst im Zwangswege erreichen konnte, das Verbot der Arbeit von Kindern in der Nähe der glühenden Schmelzöfen respektirt zu sehen. Die Gesellschaft hatte jedoch Verbindungen zu der Regierung des Herrn Tanner, und der Erfolg war die Entlassung der unangenehmen Fabrikinspektoren. Was erfolgreiche Wirken der Miß Florence Kelley war auch in Deutschland nicht unbeachtet geblieben. Auch in der letzten Kammer des Reichstags für soziale Gesetzgebung und Statistik veröffentlichte die Dame einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung der weiblichen Fabrikinspektion in den Vereinigten Staaten, und ein sonderbarer Zufall fügte es, daß sie sich dabei auch über das berühmte „Spoils-System“, zu dem ich „Raub- oder Beute-System“, ausläßt, das darin besteht, daß mit jeder neuen Präsidentschaft auch die gesamte Beamenschaft wechselt und sämtliche Stellen mit den Anhänglingen der neuen Beute besetzt werden. Sie schreibt u. A.: „Es werden dabei Inspektoren ange stellt, die kaum die Pflichten ausüben können, welche als Berichterstatter über ihre tägliche Arbeitsleistung gefordert werden.“ Dielem System ist die beste Fabrikinspektion der Vereinigten Staaten nun ebenfalls zum Opfer gefallen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Quittung.

Zur Unterstützung der englischen Maschinenbauer gingen vom 18. bis 23. Oktober bei uns ein: Adlershof 10, Bayern 20, Colmar 3,20, Delémont 7,20, Deßau 50, Donau- schlingen 23,45, Eßen 30, Frankfurt a. d. O. 10, Gerßbach 52,40, Grödelingen 9,45, Guben 18, Herford 25, Hirschberg 10, Jena 13, Kiel 100, Langensal 46,85, Lindow 10,50, Lützenfeld 10, Mauthausen 100, Ravensburg 13,10, Nordhausen 20, Oelsitz 12, Rastatt 5, Rr.-Stargard 2,60, Reichenhall 16,25, Rupperts heim 14,50, St. Jäger 12,05, Seelitz 2,40, Schwabach 10, Schweißstein 10, Solingen 6,50, Springe 10, Triebis 4,40, Zuffenhausen 18,20, Zuzama 17,87,5. In voriger Kammer quittirt 1.645,35; Summa 1.1354,10.

Alle an die von uns ausgegebenen Sammelzettel eingehenden Gelder wollen schicklich, und zwar ausschließlich an unseren Kassierer H. Bohner, Stuttgart, Schwabstr. 18, eingezahlt werden.

Da die Kassierer der Zeitschriften richten wir wiederholt das Ersuchen, die Sammelzettel für die englischen Maschinenbauer bei Einzahlung an die Postämter auf dem Rückhauft der Postsendung ausdrücklich als solche zu bezeichnen, damit jede unrichtige Buchung vermieden wird. Die Gelder dürfen ferner nicht mit den übrigen Beiträgen in die Streifenabschreibung aufgenommen, sondern müssen getrennt abgerechnet werden.

Nachstehende verlorene Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

- 83 674 Fr. Klopstein, Tischler, geb. 24. 1. 68 zu Nieder-Geren.
- 60 794 Wilh. Heemeier, Tischler, geb. 15. 6. 77 zu Eißfeld.
- 54 232 Albert Müller, Tischler, geb. 7. 7. 55 zu Freienwalde.
- 74 929 Martin Rapsenberger, Tischler, geb. 12. 3. 79 zu Nürnberg.
- 89 579 Carl Weisfuß, Korbmacher, geb. 3. 11. 63 zu Gelsa.

Stuttgart, den 23. Oktober 1897.
Der Verbands-Vorstand.

Korrespondenzen.

Eßen. „Ist es notwendig, daß wir uns organisiren?“ so lautete das Thema, über welches Kollege Fiper aus Düsseldorf hier in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung referirte. Aus seinen trefflichen Ausführungen ging hervor, daß leider die Kollegen immer noch nicht begreifen wollten, daß ihre Interesslosigkeit den Arbeitgebern ein Vorteil sei. Diese seien, dank der Unenigkeit der Arbeiter, stets im Stande, die Löhne beliebig zu drücken und die Arbeitszeit beliebig zu verlängern; würden die Arbeiter aber einig sich zur Wehre setzen, würde Derartiges weniger möglich sein. Wohin die lange Arbeitszeit, verbunden mit niedrigen Löhnen, führe, sei in der Statistik des Holzarbeiterverbandes dargelegt. Das Durchschnittsalter belaufe sich bei unseren Kollegen auf höchstens 35 Jahre; die Schwindstufte raffe von Jahr zu Jahr immer mehr aus unseren Reihen hinweg. Schon in der Lehre werde der Keim zur Schwindsucht in den jungen Menschen verpflanzt. Nicht mehr werde der Behrling wie früher zwecks Ausbildung in die Lehre genommen, sondern um dem Lehrherrn Profit einzubringen. Ein Ausbeutungsobjekt sei er im vollsten Sinne des Wortes. Auf ein Stück werde er, soweit größere Fabriken in Betracht kommen, eingekauft, und dann, wenn er ausgeleert, sei er zwar Spezialist aber kein Schreinermeister. Wenn er ausgeleert, beginne für ihn die Zeit der Entbehrungen, weil er mit seinen Kenntnissen nicht weit komme. Wollte er sich dann wirklich hier und dort weiter ausbilden, müsse er mit geringem Lohne zufrieden sein, was wiederum schwer auf seine Gesundheit einwirkte, und dem schon gelegten Keim der Schwindsucht weiteren Vorschub leiste. Redner schildert dann die Bedeutung des Achtstundentages in England und wünscht, daß derselbe von Erfolg sein möge. Dies liege auch im Interesse der deutschen Arbeiter, und deshalb sei es notwendig, daß sie sich den englischen Kämpfern gegenüber solidarisch zeigten. Nach Schluß des Referats, für das allgemein Beifall gezollt wurde, fragte ein Kollege, woher es wohl kommen möge, daß das Bier aus Föhrenbergs Brauerei Niemandem mehr schmecke, worauf die Antwort erfolgte, daß es daher käme, daß genannte Brauerei 5 Brauer entlassen habe, weil diese eine geringe Lohnforderung gestellt hätten.

Hamburg. In einer öffentlichen Tischlerversammlung sprach hier nach seiner Ausweisung im Jahre 1889 zum ersten Male Kollege S l o m k e in einem beifällig aufgenommenen Vortrage über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. Raum mangels halber mußten wir es uns leider versagen, auf die Ausführungen einzugehen. Wir wünschten nur, daß die Hamburger Tischler sich zur Pflicht machen, zahlreicher in den Versammlungen zu erscheinen und es mit der Beitragszahlung nicht allein bewenden zu lassen. Der Besuch in obiger Versammlung ließ eben Alles zu wünschen übrig. Wir meinen, daß die Haltung der hiesigen Tischlermeister jedem Kollegen am Orte zu denken giebt und Jeden anspornen sollte, wenn irgend möglich, an der Stelle zu sein, wo es sich um Berathung seiner und der Gesamtinteressen handelt.

Seide i. S. Wie überall, so macht sich auch hier am Orte eine große Noth unter den Kollegen bemerkbar. Von den 35 Holzarbeitern sind nur 13 organisirt. Da die Verhältnisse hier nicht die günstigsten sind, sollte man doch denken, daß die indifferenten Kollegen sich uns mehr anschließen würden, doch sind bis jetzt unsere Hoffnungen getäuscht. Die Ausrufe hier am Orte zu sehr betrieben wird.“ Das Letztere ist allerdings begründet; häufig kommt es vor, daß in verschiedenen Bunden die Beirlinge des Sonntags bis Mittag schuften müssen. Deshalb ist es aber unsere doppelte Pflicht, daß wir uns so fest zusammenhalten. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet statt: Sonnabend, den 30. Oktober, Abends 8½ Uhr, bei Wilh. Off, und fordern wir hiermit sämtliche hiesige Kollegen auf, zu erscheinen; auch den Verbandsmitgliedern legen wir noch besonders an's Herz, nicht wieder durch Abwesenheit zu glänzen, wie gewöhnlich, denn wenn wir über Hülfsände berathen und Abhilfe schaffen wollen, müssen Alle dabei sein.

Kiel. Am Freitag Abend war seitens des hiesigen Gewerkschaftsstellens eine öffentliche Volksversammlung einberufen, in welcher zwei englische Maschinenbauer, Königs und Kreipe, über den Kampf der englischen Arbeiter um den Achtstundentag sprachen sollten. In Berlin hatten sie schon in zwei gut besuchten Versammlungen gesprochen. Hier in Schleswig-Holstein, das unter der Obhut des Ministers a. D. von Köller steht, war es anders bestimmt. Wie hätte Kiel am anderen Morgen ausgehen, wenn dieselben hier geredet hätten! Nein, diese Misshäter mußten unschuldig gemacht werden. Die „Seheimen“ wurden angeboten, die Engländer schon am Nachmittag einzufangen. Doch vergebliche Mühe. Ebenso vergeblich, sie bei Veretzen des Versammlungsorts in die Hände zu bekommen. Dieselben ganz im Stillen zu fischen, gelang eben nicht, trotz aller Mühe. Erst nachdem ein hiesiger Metallarbeiter die Versammlung aufgefordert hatte, die größtmögliche Mühe zu bewahren, möge auch kommen was da wolle, bat Redner den Engländer Königs, nummehr das Wort zu seinem Vortrage zu nehmen. Und als der Engländer die Tribüne betreten wollte, wurde er verhaftet. Verhaftet vor den Augen zweitausend Versammelter. Die Erregung war eine mächtige. Königs wurde in das Polizeigewahrsam gebracht und am anderen Morgen, die Ausweisung aus dem gasfreien Preußen in der Hand, mit der Bahn nach Hamburg eskortirt. Trotz der vielen in der Versammlung herumzuschweifenden Sigantien, blieb der Kollege Königs, Kreipe, vor gleichem Schicksal bewahrt. Auch wir ist in Kiel eine wirkungsvollere Versammlung abgehalten worden, und die beste Rede Königs hätte nicht im Casernestien so gewirkt, wie die Aktion unserer Behörde. Hierin hat unsere Polizei wiederum den Beschligungsmachweis ihrer Brauchbarkeit im Kampfe für Ordnung und gute Sitte erbracht. Wir sind mit ihrer Thätigkeit zufrieden. Hoffentlich unterstützt sie uns weiter.

Köln. Es wäre dringend notwendig, daß die Mitglieder unserer Zeitschrift sich reger an den Versammlungen beteiligen möchten. Bisher soll es scheitern, wenn Jeder sich um alles Andere ihm Vorkommende mehr kümmert als um die Dinge,

die ihm viel näher liegen, nämlich um die Frage der Bessergestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das muß doch wohl Jeder begreifen können, daß die nicht besser werden, wenn nicht jeder Einzelne und die Gesamtheit der Kollegen es will. Wenn man dies begriffen hat, kann es auch nur Eins geben, nämlich, sich dort einzufinden, wo über die Mittel zur Besserung berathen werden soll: in den Versammlungen. Dieselben finden statt Sonntags nach dem 15. jedes Monats, Nachmittags 3 Uhr, und letzten Sonabend vor dem 1. jedes Monats, Abends 8 Uhr, große Baustraße, auf der Herberge. Die Kollegen der Wille'schen Werkstatt sind ganz besonders zur nächsten Versammlung hiermit eingeladen.

Löbau. Den hiesigen Kollegen hiermit zur Kenntniß, daß Sonnabend, den 6. November, Abends 8 1/2 Uhr, eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung in der „Lohnhalle“ stattfindet. Da in letzter Zeit sich eine ungewöhnliche Flaumheit in der Gewerkschaftsbewegung bemerkbar macht, so werden die Kollegen aufgefordert, ihr Interesse zur Besserung ihrer Lage dadurch zu zeigen, daß sie zu dieser Versammlung vollständig erscheinen.

Delsnitz i. Vogtl. Auch in den dunkelsten Winkeln des Bognlandes beginnt es sich zu lichten, das könnte man von unserem vom Jannungstrummel verjumpten Städtchen sagen, wo alle früheren Versuche, hier eine Bahnhalle zu gründen, scheiterten. In einer am 13. August stattgefundenen, äußerst gut besuchten öffentlichen Holzarbeiterversammlung, welche zwecks Gründung einer Bahnhalle einberufen war, referirte Kollege Schulz-Plauen über Zweck und Nutzen der Organisation. Nach einem energischen Appell an sämtliche Kollegen erklärten 23 Kollegen sofort ihren Beitritt. Nachdem es hier im Laufe der Zeit gelungen ist, die Mitgliederzahl auf 38 zu erhöhen (bemerkt sei hier, daß es nur 50 Tischlergehülfen hier am Orte giebt), macht sich bereits an den Zahlhabenden eine gewisse Unruhe bemerkbar, da viele Mitglieder glauben, mit dem Bezahlen der Beiträge ihrer Pflicht dem Verbands gegenüber genügt zu haben. Hoffentlich genügt diese Ermahnung, um in nächster und folgender Zeit ein größeres Interesse an unseren Bestrebungen zu konstatiren. Mögen unsere Kollegen resp. Mitglieder bedenken, daß nicht der Einzelne einen Einfluß auf die Gestaltung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausüben kann, dazu vielmehr alle Kollegen beitragen müssen; und deshalb darf das Interesse der Kollegen an unserer Organisation nicht erlahmen, sondern muß immer reger werden.

Regensburg. Nach langer Zeit waren wir wieder einmal in der Lage, eine öffentliche Holzarbeiterversammlung abzuhalten. Die schwarzen Saalabtreter, verbunden mit dem Druck der Behörden, machten es uns unmöglich, ein größeres Lokal zu bekommen. Jedoch die wirthschaftlichen Verhältnisse sind eben stärker als unsere schwarzen und andere Gegner. Denselben zum Trost und zum Aerger gelang es uns, ein großes, helles Lokal zu gewinnen und haben wir dasselbe kontraktlich auf ein Jahr gemiethet. Wir glaubten dasselbe nicht besser einweisen zu können, als durch Abhaltung einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung. Leider war die Versammlung nur mittelmäßig besucht und beweist das, daß wir neben vielen anderen Kämpfern noch den schweren Kampf mit dem Indifferentismus vieler Berufscollegen zu führen haben. Kollege Dorn, zweiter Arbeitersekretär in Nürnberg, sprach zu dem Thema: „Die wirthschaftlichen Kämpfe der Arbeiter.“ Redner verbreitete sich in seinem fünfviertelstündigen Vortrage eingehend über die Lage und Kämpfe der Arbeiter in früheren Zeiten; verglichen mit den jetzigen Zuständen, führt er aus, haben sich dieselben durch die Entwicklung der Maschinen und der Technik bedeutend verschärft. Eine ungeheure Referenbeamte sei die Folge der heutigen kapitalistischen Produktionsweise. In fesselnder Weise schildert Redner die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit und deren Kämpfe, sowie die Koalitionsfreiheit, deren Handhabung durch die Behörden und die Unternehmungskasse. Redner meint, der Arbeiter würde immer von Seiten der Pfaffen und anderer „Arbeiterfreunde“ auf das Jenseits verwiesen, wo er entschädigt würde für die Entbehrungen auf Erden. Er sei der Meinung, daß wir auf jene Versprechungen wohl verzichten können, dagegen in dieser Welt dafür sorgen müssen, daß es uns besser gehe; das könnten wir aber nur durch kräftige Organisationen erreichen. Nach einem kräftigen Appell an die Anwesenden, dem Holzarbeiterverbande beizutreten, um an dem wirthschaftlichen Kampf der Arbeiter mitzukämpfen, schloß Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Die Kollegen Koster und Höhne bedauerten in der darauffolgenden Diskussion den schwachen Besuch der Versammlung. Es sei zu bedauern, daß gerade Kollegen, die früher sehr thätig waren, heute, nachdem dieselben besser sitirt sind, dem Verband den Rücken gekehrt haben. Die Kollegen laufen lieber christlichen oder Bergnützungsvereinen nach. Der Indifferentismus spiele hier eine große Rolle. Kollege Weinberger ermahnt, deswegen nicht muthlos zu werden, sondern erst recht müsse Jeder auf dem Posten sein, um neue Kämpfer zu werben.

Schöneberg. Am 21. Oktober fand hier unsere erste gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Das Andenken des verstorbenen Genossen Carl Grillenberger wurde durch Erheben von den Sigen geehrt. Kollege Offt sprach dann über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. Am Schluß des Vortrages nahm die Versammlung eine Resolution an, in der die anwesenden Mitglieder versprochen, dem Verbands beizutreten. Die Mitglieder, welche bis dato in Berlin angemeldet waren, werden sich in Schöneberg betheiligen.

Zeitz. Recht interessante Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie mifflche sanitäre Zustände herrschen in der Gust. Viebig'schen Holz bildhauerei und Fraiserie. Sind doch unter den circa 50 Kollegen nur wenige, die einen halbwegs auskömmlichen Verdienst haben. So beträgt der Durchschnittsverdienst bei den Tischlern etwa M. 16. Der höchste Lohn überschreitet im Durchschnitt nicht einmal M. 20 pro Woche bei zehnstündiger Arbeitszeit. Ebenso ist es bei den Drechsler. Hier beträgt der Durchschnittsverdienst sogar nur M. 15,50. Es sind selbst sehr verdiente Drechsler da, die wöchentlich nicht höher als M. 11 bis M. 13 kommen. Etwas, aber auch nicht viel, besser ist es bei den Bildhauern. Für Akfordarbeiter herrscht in Bezug auf Lohnsäge, vor Allem bei den Drechsler, eine ziemlich starke Planlosigkeit. Preislisten für die zu fertigenden Arbeiten giebt es nicht. Ein Kollege muß sich immer auf das Wissen und Werken des anderen verlassen, da der Unternehmer dies stets den Arbeitern überläßt. Daß hier dann Konflikte zwischen den beiden Kontrahenten nicht ausbleiben, ist wohl selbstverständlich. In Bezug auf Ventilation in den Arbeitsräumen muß man sich ausschließlich auf das Deffnen der Fenster verlassen, die eine nicht gerade angenehme Zugluft entstehen lassen und den Arbeitern die Nasen der

Bedürfnisanstalten, wenn man letztere überhaupt so bezeichnen kann, zutragen. Es ist ja eigentlich bloß ein Winkel, in welchem das Gedreih den Urin zum größten Theile aufnimmt, und der im Sommer eine wirklich pestartige Luft verbreitet. Schutzvorrichtungen an den Maschinen kommen auch nur zu Feiertagszeiten in Anwendung. Selbst eine ziemliche Anzahl Transmissionsriemen laufen frei und können dem Arbeiter gefährlich werden. Für Dergleichen hat der Herr Fabrikant keine Argusaugen, denn das rentirt sich ja nicht. Dafür geräth der Herr aber öfter mit den Arbeitern in Kollisionen, da er kein Freund von „vielem“ Zahlen respektive hohen Löhnen ist. Hierbei läßt er denn auch öfter bekannte Fremdwörter respektive Kofenamen für den Arbeiter aufmarschieren, so daß dann der Arbeiter besonders „achtungsvoll“ seinem Herrn entgegentritt. Mit den Umständen in der Fabrik und gleichzeitig mit der Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit hat sich denn auch in voriger Woche eine Werkstättenversammlung, die von fast allen Arbeitern der Fabrik besucht war, beschäftigt. Die Versammlung wurde sich dahin schlüssig, daß die Arbeitszeit von 1/2 7 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends dauern und eine 1/2 stündige Mittags- und eine 1/2 stündige Frühstückspause dazwischen sein sollte. Die letzte Arbeitszeit war von 7 bis 1/2 7 Uhr, mit einer einstündigen Mittags- und je 1/2 stündiger Frühstück- und Vesperpause. Auch war gleichzeitig ein Arbeiterausschuß gewählt worden, um bei eventuellen Uebelständen in der Fabrik beim Fabrikanten vorstellig zu werden. Der Unternehmer gestand auch diese geringe Arbeitszeitverkürzung zu, Infolge aber die Bedingung hieran, daß dann Strafgeleider eingeführt werden sollten. Der Arbeiterausschuß lehnte dies ab und erklärte sich mit der Arbeitszeit von 7 bis 7 Uhr einverstanden, die dann 1/2 stündige Mittags- und je 1/2 stündige Frühstück- und Vesperpause hat. Der Ausschuß war der Meinung, Strafgeleider nicht zustimmen zu können und ließ die Arbeitszeitverkürzung fallen. Hierbei haben die Arbeiter sicherlich vergessen, daß Strafgeleider früher oder später doch eingeführt werden, und da wäre es wohl besser gewesen, die Verkürzung der Arbeitszeit anzunehmen. Sicher wäre auch die Abschaffung mancher Uebelstände am Plage. Leider lassen es die dort beschäftigten Kollegen eben auch an Vielem fehlen. Würde die Masse der dortigen Arbeiter mehr Standhaftigkeit und festeres Auftreten zeigen, so würden sicher viele Mißstände in der Fabrik schwinden. Freilich, einer Organisation gehören nur die Wenigsten an, und von selbst, ohne Zutun der Arbeiter, wird's eben nicht besser. Die infolge der Maßregelung eines Kollegen über die Werkstatt verhängte Sperre bleibt nach wie vor aufrecht erhalten. Zugug für Drechsler wolle man daher von Zeit fernhalten.

An die Kammacher und alle in der Kamm-Industrie beschäftigten Arbeiter Berlins!

Kollegen! In den Werkstättenversammlungen, welche vor Kurzem stattgefunden haben, wurden Einwendungen gegen frühere Kommissionsmitglieder erhoben, und ganz besonders sind es die Kollegen im Norden gewesen, welche durch ihre Abwesenheit in unseren Versammlungen glänzten. Dieses Fernbleiben von den Versammlungen ist nicht der richtige Weg. Nöthig ist es, daß alle Einzelinteressen bei Seite gelassen werden und daß wir uns zum gemeinsamen Vorgehen auflassen. Wir sollten doch zufrieden sein, daß wir Aufnahme in den Deutschen Holzarbeiter-Verband gefunden haben, der als die wirksamste der bestehenden Organisationen für unsere Branche gilt. Kollegen, bedenkt, daß in den verflochtenen Jahren der Lohn stetig gefallen ist, und darum ist es notwendig, der Organisation beizutreten! Kollegen! Sorgt dafür, daß wir jederzeit zum Kampfe gerüstet sind! Vor allen Dingen wählt in jeder Werkstatt, soweit dies noch nicht geschehen, einen Vertrauensmann, der es sich angelegen sein läßt, am Schlusse der Woche die Beiträge einzusammeln! Sorgt dafür, daß die Fragebogen, welche erscheinen werden, zur Berufsstatistik gewissenhaft ausgefüllt werden, damit es bald wieder heißen kann: die Berliner Kammacher und Berufsorganisationen für unsere Branche gilt. Kollegen, bedenkt, daß in den verflochtenen Jahren der Lohn stetig gefallen ist, und darum ist es notwendig, der Organisation beizutreten! Kollegen! Sorgt dafür, daß wir jederzeit zum Kampfe gerüstet sind! Vor allen Dingen wählt in jeder Werkstatt, soweit dies noch nicht geschehen, einen Vertrauensmann, der es sich angelegen sein läßt, am Schlusse der Woche die Beiträge einzusammeln! Sorgt dafür, daß die Fragebogen, welche erscheinen werden, zur Berufsstatistik gewissenhaft ausgefüllt werden, damit es bald wieder heißen kann: die Berliner Kammacher und Berufsorganisationen für unsere Branche gilt. Kollegen, bedenkt, daß in den verflochtenen Jahren der Lohn stetig gefallen ist, und darum ist es notwendig, der Organisation beizutreten!

Eingekandt.

Noch ein Wort zum Bericht Frankenberg.

Wie vorauszu sehen, haben sich die Kollegen von Frankenberg beleidigt gefühlt, daß der Bericht aus Frankenberg in Nr. 38 der „Holzarbeiter-Zeitung“ als falsch erklärt worden ist. Sie haben sich deshalb veranlaßt gefühlt, in Nr. 42 der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu erklären, daß nicht die Frankenberger Kollegen, sondern die Kollegen Ezner und Ehler aus Chemnitz einen falschen Bericht gegeben haben, ohne jedoch den Beweis für die Richtigkeit ihres Berichtes anzutreten. Mit ein paar leeren Redensarten glauben die Frankenberger resp. der Artikelschreiber, die Blamage auf uns abwälzen zu können. Wir sind nun genöthigt, so wenig es im Interesse der Unterzeichner der Berichtigung in Nummer 42 liegt, mit Zahlen zu dienen. Wie schon in Nr. 41 von der Redaktion unserer Zeitung gesagt wurde, haben uns sämtliche Lohnbücher von den Tischlern der Jäger'schen Fabrik zur Verfügung gestanden. Es waren deren 13 an Zahl, da nach Aussage des Herrn Jäger wahr Tischler bei ihm nicht beschäftigt seien.

Um uns nicht der Oberflächlichkeit schuldig zu machen, und um nöthigenfalls dem Berichtschreiber mit Zahlen dienen zu können, haben wir uns die nöthigen Auszüge aus den Lohnbüchern gemacht, und zwar deren zwei aus den Lohnbüchern der bestbezahlten Arbeiter und vier aus denen der schlechtest bezahlten. Bemerk sei zuvor, daß die nun angeführten Löhne Akkordlöhne sind. Zunächst hat der Tischler Conrad in 23 Arbeitswochen, bei 62 Stunden pro Woche, M. 402 erhalten, ergibt einen Durchschnittslohn pro Woche von M. 20. Wenn es der Raum des Blattes gestattet, würde ich auch die Zahlen, wie die Abschlagszahlungen, welche jede Woche stattgefunden haben, anführen. Ferner erhielt der Tischler Zweiniger in 22 Arbeitswochen M. 439, ergibt pro Woche M. 19,50, der Tischler Weißflog und Mitunterzeichner des Eingekandt in Nr. 42, erhielt in 17 Arbeitswochen M. 246,50 oder pro Woche M. 14,50. Der Tischler Rieger, ebenfalls ein Unterzeichner des Eingekandt, in 13 Wochen M. 207 oder pro Woche M. 15,90, derselbe ist erst seit Ende Juni bei der Firma Jäger beschäftigt. Weiter erhielt

der Tischler Linke, auch einer mit seinem Namen Dienender, in 20 Wochen M. 348 oder pro Woche M. 17,40, ferner der Tischler Kuffa in 22 Wochen M. 332 oder M. 15,10 pro Woche. Sämtliche hier angeführten Lohnzahlungen sind vom 25. September d. J. zurück zu rechnen. Ein Einziger befand sich unter den Tischlern, welcher für einen Wochenlohn von M. 14 beschäftigt war.

Außer den 13 Tischlern waren noch 20 Personen theils an Maschinen, theils mit anderen Arbeiten beschäftigt. An diese 33 Arbeiter, die Tischler sind hier eingerechnet, wurde an den letzten sechs Bohn Tagen, welche unserer Untersuchung vorangingen, die Summen von M. 512, 542, 514, 521, 535 und 524 pro Woche ausgezahlt, ergibt einen Durchschnittslohn für alle gelernten und ungelerten Arbeiter von M. 15,50. Nun, verehrter Herr „Gewährsmann“, wie stimmt das mit der Behauptung, der Durchschnittslohn betrage nur M. 10 pro Woche. — Nun zu den einzelnen Akkordpreisen. Da wird gesagt: für ein Duzend Bettstellen werden M. 13 bis M. 14 bezahlt, nach den Lohnbüchern M. 15. Ferner für Kommoden heißt es: M. 2, nach den Lohnbüchern für gewöhnliche 3 Raken-Kommoden M. 2,25 und für 4 Raken-Kommoden M. 3,30. Für Säulenchränke nicht, wie berichtet, M. 4,50, sondern M. 5,50. Für gewöhnliche Schränke mit sogenannter schräger Ecke M. 4,75. Was die „Gewährsmänner“ dazu sagen, bin ich neugierig, rathen möchte ich ihnen aber, in ihrem eigenen Interesse, zu schweigen, anderenfalls sie uns nöthigen, eine andere Tonart anzuschlagen zu müssen. Die wirklich gezahlten Löhne fordern schon die Kritik heraus, man braucht nicht erst zu Unrichtigkeiten zu greifen. Oder sollten etwa die „Gewährsmänner“ solche „simple“ Menschen sein, die überhaupt nicht in der Lage waren, wahrheitsgetreu berichten zu können? Uns will es so scheinen.

Was die Fabrikordnung anbelangt, so sei nur gesagt, daß die Arbeiter der Jäger'schen Fabrik, nach Aussage des Herrn Jäger, die Vorlage zu der Fabrikordnung selbst geliefert haben. Ferner behauptet Herr Jäger, daß einzelne Bestimmungen in Bezug auf Geldstrafen durch seinen Einspruch gemildert worden seien; die Arbeiter hätten nicht einmal Entschuldigung gelten lassen wollen, weil die Strafgeleider zu einem Vergnügen verwendet werden sollten. Hierdurch sind, wenn es auf Wahrheit beruht, die Jäger'schen Arbeiter genügend charakterisirt. Wenn wir durch diese Veröffentlichung Herrn Jäger mehr in die Hände arbeiten müssen als seinen Arbeitern, so ist das nicht unsere Schuld, sondern die der Frankenberger Kollegen, resp. deren Gewährsmänner. Dies unser letztes Wort in dieser nicht delikaten Angelegenheit.

Willy Ezner, E. Ehler, Chemnitz.

Anmerkung der Redaktion. Wir haben der Richtigstellung der drei Kollegen Rieger, Weißflog und Linke nicht etwa Raum gemährt, um unsere Vertrauensleute, die Kollegen Ezner und Ehler aus Chemnitz, ungläubig zu machen. Das, was sie uns über die Fabrik des Herrn Jäger mittheilten, ist in der Erklärung der drei Unterzeichner weder bestritten noch widerlegt worden. Obgleich haben sich diese darauf beschränkt, an ihrer Behauptung festzuhalten, daß 1. der Anfangslohn M. 13,50 beträgt, 2. der Tischler W. in 3 Wochen M. 17 zulegte und 3. der angegebene Preis von M. 2,75 für Säulenchränke auf einem Irrthum des Gewährsmannes beruhe und M. 4,50 betrage. Für die Wahrheit dieser drei Thatsachen verbürgten sich die Einsender durch Namensunterschrift. Bis hierher Alles gut, und selbst den neuen Irrthum (?), den Preis für Säulenchränke, möchten wir noch so durchgehen lassen; aber was nun kommt, dafür giebt es einfach keine Entschuldigung. Man höre also, Herr F. Ernst Jäger sendet uns folgende Erklärung: Frankenberg i. S., den 18. Oktober 1897.

Wir, die drei Unterzeichner des Berichtes in Nr. 42 der „Holzarbeiter-Zeitung“, bekennen hiermit, daß wir die Entgegnung wider besseres Wissen haben eintreten lassen, es arbeitet kein einziger Tischler für M. 13,50, auch die Angabe der Akkordlöhne ist nicht richtig. Wir sind Herrn Jäger zu Dank verpflichtet, daß er keinen Strafantrag gestellt, und widerrufen unseren Bericht hiermit ausdrücklich, erklären vielmehr den Bericht der Ezner und Ehler aus Chemnitz als sachlich und den Verhältnissen in der F. Ernst Jäger'schen Möbelfabrik entsprechend.

Wir erklären ausdrücklich, daß wir diesen Widerruf aus freiem Antriebe und durchaus nicht auf Nöthigung des Herrn Jäger erlassen.

Wilhelm Linke, Karl Rieger, Willy Weißflog. Wir haben nun zwar einige Erfahrung, wie solche Widerrufe auf „freiem Antriebe“ beruhen und „ohne Nöthigung“ zu Stande kommen, wollen aber annehmen, daß Weibes hier ausgeschlossen ist. Herr Jäger schreibt uns: „Den Widerruf habe unterschreiben lassen (beschrieben hat Herr Jäger ihn natürlich selbst. D. R.), indem ich vor Zeugen die Leute ermahnte, nur nach eigenem Belieben und ja nicht wider ihre Ueberzeugung zu widerrufen; auch habe ich den Leuten zwischen Aufforderung zum Widerruf und der Unterschrift zwei Tage Zeit zum Ueberlegen gelassen.“ Was dann geschehen wäre, wenn die Leute sich gewiegert hätten, ihre Unterschrift zu geben, sagt Herr Jäger allerdings nicht. Nöthig war das ja auch nicht; es ist ja deutlich zwischen den Zeilen zu lesen, denn wenn die Leute ihm zu Dank verpflichtet sind, daß er keinen Strafantrag stellen will, muß doch vorher schon von einem solchen gesprochen worden sein. Und selbst wenn die Leute keine Furcht vor einem Strafantrag zu haben brauchten und die Unterschrift verweigerten, was würde Herr Jäger dann gethan haben? Eine Beantwortung wünschen wir von ihm nicht. Also so sehr nach „freiem Antriebe“ sieht die Erklärung nicht aus. Doch nun weiter. Noch zwei Tage früher, ehe uns obige Erklärung von Herrn Jäger zugeing, erhielten wir folgenden Brief:

Frankenberg, den 18. Oktober 1897.

Geehrte Redaktion!

Die Unterzeichneten sehen sich veranlaßt und dem Verbaude als schuldig, daß der Bericht von letzter Nummer, der von uns ausging, hochgehalten wird. Leider haben wir uns heute von Herrn Jäger hinter's Licht führen lassen und natürlich in unzurechnungsfähigem Zustande zu einer tieftraurigen Unterschrift verleiten lassen in einem Bericht, welcher von Herrn Jäger ausgeht. Möchten aber dringend bitten, den Bericht, wo unsere Unterschrift in so traurigem Maßstabe zu finden sein wird, nicht zu veröffentlichen, da wir jede Verantwortung auf uns nehmen. Es zeichnen die Kollegen

Willy Weißflog, Karl Rieger.

Die Kollegen allerorts mögen nun selbst urtheilen, wie schwer uns unsere Aufgabe, die Interessen der Kollegen zu vertreten, gemacht wird, und wie leichtsinnig einzelne Kollegen mit der Wahrheit umgehen. Geradezu scandalös ist es aber, wenn Kollegen zu einem Widerruf eines angeblich auf Wahrheit beru-

henden Berichtes ihre Unterschrift geben und dann von uns erwarten, wir sollen so charakterlos sein, ihre Charakterlosigkeit durch Nichtaufnahme des Widerrufs mit dem Mantel der Liebe zuzudecken, das heißt die Unwahrheit lantioniren. Das setzt offenbar jeder Dreistigkeit die Krone auf. Beruhte es auf Wahrheit, was mitgetheilt wurde, brauchte man weder Strafantrag noch Entlassung zu fürchten, und die letztere um so weniger, als alle drei Unterzeichner des Widerrufs junge, resp. ledige Leute waren. Man hat uns also, wie die Dinge jetzt liegen, getäuscht, und die „Holzarbeiter-Zeitung“, welche immer ohne Scheu und unentwegt das Recht und die Wahrheit verfochten, ist gemißbraucht worden. Das ist tief traurig.

Dieser Vorfall zeigt aufs Neue, wie Unrecht alle die Kollegen haben, die da meinen, wir hätten die Pflicht, alle Berichte ohne Weiteres zu veröffentlichen und kein Recht, an der Wahrheitsliebe der oder des Einsenders zu zweifeln. Für die Folge werden wir also noch vorsichtiger sein und ohne Stempel und Beglaubigung der Ortsverwaltungen keine Berichte mehr veröffentlichen. Hoffentlich haben wir dann die Gewähr, daß man sich eingehend mit den zur Veröffentlichung bestimmten Thatsachen beschäftigt hat, und wir keine Gefahr laufen, uns von den Fabrikanten der Unwahrheit zeihen lassen zu müssen. Man veräble uns diese Maßnahme nicht, sie ist lediglich auf die „Wahrheitsliebe“ der drei Frankenberger Einsender zurückzuführen.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Die Sperre über die Möbelfabrik von W. Grünert in Obbeln i. S. besteht fort. Holzdrechsler wollen also diese Werkstätte meiden. Ueber die übrigen Werkstätten Obbelns ist die Sperre nicht verhängt, wie dies aus einer Notiz in Nr. 42 der „Holzarb.-Ztg.“ allgemein angenommen werden konnte.

Die Aktien-Gesellschaft Vereinigte Holzindustrie Frankenthal (Pfalz) macht sich. Seit der Herr Direktor Kraus gegangen worden und Herr Eugen Reberdy an's Ruder gekommen, ist eine andere Wendung für die Gesellschaft eingetreten. Während unter der Leitung Kraus immer ein Defizit zu melden war, giebt es jetzt Ueberschüsse. „G. D. Tischlerz.“ enthält darüber einzelne Ziffern: Die Fabrik Farge brachte einen Fabrikationsgewinn von M. 35 352, die Fabrik Frankenthal von M. 5393, wovon nach Vorkostung der Unkosten und Zinsen von M. 14 860 ein Bruttogewinn von M. 25 884 verbleibt. Davon werden M. 21 586 zu Abschreibungen verwandt, während von dem Ueberschuß von M. 4298 ein kleiner Theil für vertragsmäßige Tantieme, sowie für die Reserve verwandt und der Rest vorgetragen werden soll. Eine Dividende wird mithin noch nicht vertheilt. Die Verwaltung schreibt das bessere Ergebnis der Einführung von Akkordarbeit und regelmäßigem Bearbeiten von den Einrichtungen entsprechenden Quantitäten Holz, sowie der Mithilfe der Fabrik Farge zu. Die Kosten der Sanirung, sowie ein bedeutender Anfall, den das Sägewerk Scheffau bei Uebergabe an dessen Käufer ergab, sind durch die Reserve gedeckt worden. In neuerer Zeit habe die Pfälzische Bank engere Verbindungen mit der Gesellschaft angeknüpft. Die im neuen Jahre vorliegenden Aufträge umfassen die Produktion von vier Monaten; die Ausschichten seien gut.

Wir erinnern daran, daß Anfang Januar d. J. (s. Nr. 3 d. Holzarb.-Ztg.) 16 Tischler entlassen wurden, weil sie sich sträuben, Patronenlisten in Akkord für 14 anstatt bisher für 20 1/2 pro Stück zu machen. Herr Direktor Eugen Reberdy, der kurz darauf in Hamburg weilte und zwar nur vorübergehend, weil krank, lud uns ein, um wegen der Auslassungen in unserer Zeitung über die Fabrik und die Ausschüerung mit ihm Rücksprache zu nehmen. Wie immer in solchen Fällen, kamen wir dem Ersuchen gerne nach. Aus der Schilderung des Herrn R. ging nur das Eine hervor, daß an eine Hebung des Geschäfts nur zu denken sei, wenn die Lohnarbeit beseitigt und die Akkordarbeit eingeführt würde. So sehr wir uns bemühten, dem Herrn die Schattenseiten seines Vorgehens für das Geschäft und für die Arbeiter klar zu machen, und so oft er uns in den verschiedensten Punkten auch vom menschlichen und humanen Standpunkte aus zustimmte, so trug doch über alle menschlichen Regungen das Geschäftsinteresse den Sieg davon. Er sagte zwar, daß es ja von uns sehr edel und anerkennenswerth sei, wenn wir für die Arbeiter Frankenthals eine Lanze brächen und deren wirtschaftliche Lage heben wollten; aber es sei beides vergeblich, da das Geschäft KonzeSSIONen zu machen leider außer Stande sei. Außerdem kenne er die Arbeiter Frankenthals besser wie wir, und er habe die Gewißheit, daß dieselben bei dem gebotenen Preise gut auskommen könnten. Wie aus obigem Bericht ersichtlich, hat Herr Reberdy seine Aufgabe gelöst. Zwar ist noch keine Dividende vertheilt, wohl aber hat die vertragsmäßige Tantieme an den Herrn Direktor zc. gezahlt werden können. Für das nächste Jahr würden die Ausschichten für die Aktionäre also etwas günstiger; der Herr Direktor hat ja das Mittel gefunden und sein Adlatus Wärl bringt es bei den Arbeitern in praktische Anwendung, und es wirkt — wirkt im Interesse des heiligen Profits und heißt Akkordarbeit.

Achtung, Kammacher Berlins! Kollegen, es ist in letzter Zeit vorgekommen, daß einzelne Kollegen bei Arbeitgebern um Arbeit nachgefragt haben. Die Arbeitgeber sind von dem Arbeitsnachweis in Kenntniß gesetzt. Wir eruchen, in Zukunft den Arbeitsnachweis zu benutzen und nicht die Werkstätten abzuschmarren; dies ist auch bei zugereisten Verbandsmitgliedern vorgekommen. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß sich der Arbeitsnachweis Annenstrasse Nr. 39 befindet. Die Werkstatt-Kontrollkommission der Kammacher u. Berufsgeg. P o p i g, Obmann.

In der Hamburger Tischlerinnung (welche die Ehre hat, den ehemaligen Tischlermeister R o m m, jetzigen Geschäftsführer der Innung und Agenten für Feuerversicherung, als ihren „Obermeister“ zu verehren), gab es in der Hauptversammlung am 8. Oktober ein Hühnchen zu rupfen. Sand sich neben mehreren neu aufgenommenen Innungsmitgliedern (praktischen Tischlern) auch ein aufgenommenes Mitglied (Fachzeichnenlehrer) ein, der sich, wie die übrigen neu aufgenommenen Mitglieder, der Innungsverammlung vorstellen wollte. Aber — wie kann auch bloß ein Fachzeichnenlehrer in die Gilde der Auserwählten, der Pfadfinder nach dem goldenen Boden des Handwerks, aufgenommen werden! Das muß natürlich eine

Jannungsmeisterseite von echtem „Schrot und Korn“ in Harnisch bringen. Nach dem uns vorliegenden Bericht in der „S. D. Tischler-Zeitung“ machte sich darüber zwischen einem einzelnen Mitgliede und dem Obermeister eine gereizte Stimmung geltend. Ob der Obermeister seinen Berufskollegen ebenso in „Angriff“ jagte, wie vor kurzem die Gesellenkommission, indem er die Rodärmel hochstreckte, als wolle er ihnen das Leder gerben? Hoffentlich hat der Fachzeichnenlehrer seine Bachmuskeln ob dieser Vorbereitung zu einer „That“ ebenso in Bewegung gebracht, wie einzelne Mitglieder der Gesellenkommission es gethan haben.

Weiter kam es zu einem erbitterten Kampfe (wen überläßt da nicht eine Gänsehaut! R. d. S. H.), um die Rückgängigmachung der Austrittserklärung, welche der Obermeister Kromm für die Hamburger Innung abgegeben hatte. Dem Onkel Flemming wird vor Freude das alte Handwerkerherz zerschlagen, wenn er hört, daß sein Intimus Kromm den Sieg davon getragen und seine Erklärung von etwa 65 Personen gegen die Stimme des Opponenten wirklich für die Hamburger Innung gelten soll.

Der „Deutsche Tischlermeister“ bringt in der letzten Nummer einen „Leid“ Artikel, in welchem er zunächst zugiebt, daß die Tischlerei durch die Maschine vollständig revolutionirt wird, aber darum sei nicht das Kapital, sondern der Mann (der Handwerker also) mit seinem Können und Wissen im Kampfe um's Dasein der Stärkere. Unser guter Flemming scheint schon alt zu werden, sonst müßte er begreifen können, daß das Kapital sich die Ertragskraft der Technik und des Fortschritts immer zu Nutze machte und es später noch mehr thun wird, daß es ihm, dem Kapitalbesitzer, ein Leichtes ist, jede neue Erfindung für bares Geld zu erwerben, die tüchtigsten Architekten und Geschäftsführer für sich zu gewinnen, um im „Kampfe um's Dasein“, d. h. in der Produktion, der Stärkere zu bleiben. So mancher geniale Tischler, der zeichnerisch und praktisch gleich tüchtig ist, strebt vergebens, hoch zu kommen. Seine Fähigkeit und Tüchtigkeit können zwar zu einer Selbstständigkeit führen, aber allein wird er es nie auf einen grünen Zweig bringen. Neben seiner Tüchtigkeit werden es immer fremde Arbeitskräfte sein müssen, die seinen eventuellen Wohlstand erarbeiten. Wir kennen recht viele in guten Verhältnissen lebende Tischlermeister, die viele Gesellen beschäftigen; aber von den Fähigkeiten, denen Onkel Flemming alles Heil zuschreibt, garnichts oder sehr wenig bei ihnen zu spüren ist. Die eine Fähigkeit, berechnen zu können, wie viel ihnen in jeder Geselle verdienen muß, haben sie fast durchgängig. Ist dies bei den Handwerkermeistern, die durchschnittlich über nur verhältnismäßig wenig Kapital verfügen, schon der Fall, beim Kapitalisten wird es sich in erhöhtem Maße geltend machen. Das Eine steht zweifellos fest, und darin hat der „Tischlermeister“ Recht, daß die Arbeiter, welche mit tüchtigen theoretischen und praktischen Kenntnissen und Lebenserfahrungen ausgerüstet sind, es immer noch eher zu einer Selbstständigkeit und besseren Existenz im Handwerk bringen können, als solche Leute, die zunächst von den Lehrmeistern verpflanzet sind, und denen zum Anderen nie die Zeit und Gelegenheit geboten war, sich theoretisch auszubilden und deshalb ein kümmerliches Dasein fristen müssen. Doch ist das in der Zeit des technischen Fortschritts durchaus nicht so schwer in's Gewicht fallend; die Theilarbeit macht es einem immer größeren Theile vernachlässigter Opfer inausgenügenderlicher Auszubildung immer noch möglich, in größeren Fabriken eine Existenz zu finden, wie sie solche bei vielen Jannungsmeistern mit der Laterna suchen müßten. Die Firma Bendig & Söhne, lieber „Tischlermeister“, die bekanntlich zu Ihren werthen Kunden zählt, ist freilich davon ausgeschlossen. Im Uebrigen mag der alte „Onkel“ sich um „die sozialdemokratischen Utopien“ nicht allzu sehr seinen grauen Kopf zerbrechen, denn „den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Dohs noch Esel auf.“

Schlesische Musikinstrumenten-Händler haben am 19. September in Gödrlitz eine Vereinigung deutscher Musikinstrumenten-Händler gegründet, mit dem ausgesprochenen Zwecke, gegenwärtige Gelegenheitsverkäufe von unberufener Seite, Provisionstreiberi und anläuternde Vermittelungsweisen, unredliche Manipulationen von Fabrikanten und Großhändlern, trughaften Kellamereien usw. zu beseitigen resp. unmöglich zu machen. Am Schluß eines Aufrufs heißt es: „Ein Einzelner oder Wenige heben machtlos diesen Auswüchsen gegenüber, aber wir dürfen nicht mehr die Hände in den Schooß legen. Schaaeren wir uns zusammen und wir werden als ein geschlossenes Ganzes unseren Stand wirksam schützen und kräftigen.“ Sehr vernünftig! Den Arbeitern der Musikbranche kann es nur recht sein, wenn die Schundkonturrenz im Handel eingekerkert wird, sind doch gerade sie es, die am meisten unter derselben zu leiden haben.

Der Einfluß des amerikanischen Dinglich-Tarifs auf die Industrie der mechanischen Musikwerke in Leipzig scheint insoweit ein ungünstiger werden zu sollen, als die Produktion der Instrumente in der bisherigen Weise in Leipzig selbst nicht fortzudauern dürfte. Es sei denn, daß der Absatz im Inlande und den europäischen Staaten ein höherer würde. Wir lesen nämlich in der an anderer Stelle dieser Nummer zitierten Handelszeitung jener Industrie, daß die Firma B. Ehrlich & Co. in Leipzig-Gohlis vor längerer Zeit in Nordamerika eine Filiale errichtet hat, und auch eine andere hervorragende Fabrik dieser Branche zur Gründung einer Filiale anhalt dortselbst Schritte gethan hat. Daran geht hervor, daß die Fabrikanten zwar ihren Absatz in Amerika nicht einbüßen werden, aber die Ausfuhr von Leipzig nach dort wegen des hohen Einfuhrzolltarifs unterbleiben wird. Inwiefern diese Umstände auf die Leipziger Musikinstrumentenarbeiter von Einfluß sind, muß die Zukunft lehren. Jedenfalls empfiehlt es sich für dieselben, dieser Thatsache einige Beachtung zu schenken.

Die bekannte Pianofortefabrikfirma Steinway & Sons ist noch nicht, wie wir in Nr. 36 der „Polzarb.-Ztg.“ berichteten, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Thatsache ist, daß die Firma zur Zeichnung der Aktien ansetzte. Die Kapitalzahlung begann am 9. August und endete am 12. August. Am 19. August melbte die amerikanische Fachzeitung „The musical Age“, daß die Mitglieder der Firma Steinway & Sons über den Verlust der Sache noch im Unklaren seien. Wir am 19. August, so daß auch heute noch die Dinge kein. Die „Musikinstrumenten-Zeitung“ schreibt, daß wahrscheinlich eine Umwandlung des Geschäftes in eine Aktiengesellschaft bis jetzt noch nicht erfolgt ist. Nach einer zweiten Meldung hat der Ober der Firma Herr Charles F. Steinway, nach seiner Rückkehr aus Europa dem Reporter der „Mus.“ Folgendes erklärt: „Das

wir in letzter Stunde den Entschluß faßten, von einem britischen Syndikat bei Umwandlung unserer Pianofortefabriken in eine Aktiengesellschaft abzusehen, hatte lediglich seinen Grund in legalen Schwierigkeiten, die sich dem Unternehmen entgegenstellten. Es war bereits der größte Theil der zu vergebenden Aktien gezeichnet und die eingezeichneten Beträge mußten den Käufern zurückgezahlt werden. Ohne die eingetretenen Schwierigkeiten würden wir unsere ursprüngliche Absicht ausgeführt haben. Es bedurfte übrigens gar nicht erst einer solchen Gelegenheit, um einen Beweis zu liefern, welches Interesse die Geschäftswelt an unseren Sachen nimmt. In fast allen größeren europäischen und New-Yorker Zeitungen wurden lange Artikel über das beabsichtigte Unternehmen gebracht.“ Darnach bleibt es also vorläufig noch beim Alten.

Die Schundkonturrenz der Schwarzwalder Regulatorgehäusefabrikanten wird in einem Eingelände in der „Handels-Zeitung“ für die gesamte Uhrenindustrie und mechanische Musikinstrumenten-Fabrikation“ aus B. (Berlin?), unterzeichnet F. M., treffend charakterisirt. Es lautet:

„Kürzlich wurden in Ihrer „Handels-Zeitung“ die Regulatorgehäusemacher zum Zusammenschluß aufgefordert, um höhere Preise zu erzielen, und möchte ich mir ein paar Worte dazu erlauben. Wenn solche Vereinigungen stattfinden, so müßten auch die Mitglieder verpflichtet werden, für jede Uebertretung sich mit einer Buße belegen zu lassen, sonst hat die Sache keinen Zweck, wie die Konvention der Schwarzwalder Fabrikanten zeigt, wo sogar einer der Hauptvertreter ausgeschieden ist. Erst werden Zirkulare in die Welt gesetzt über Erhöhung der Preise, und kaum haben die Uhrmacher darnach eingekauft und theilweise sogar große Posten noch zu den alten Preisen, welche noch nicht wieder umgekehrt sind, so erscheint schon wieder ein neues Zirkular, wonach die Preise noch billiger angelegt sind, als erstere früher. Was man dazu sagen soll? Ich weiß es nicht. Die Herren sollten sich an den Arbeitern ein Muster nehmen, die halten wenigstens aus, trotzdem sie Entbehrungen erleben müssen. Die Herren Fabrikanten und Detaillisten aber wissen nicht, was sie wollen und möchte Einer den Anderen unterdrücken. Ich berufe mich dabei auf eine Annonce, die alle 4 Wochen in den hiesigen Blättern erscheint und bemerkt, daß der darin offerirte R. erst vor noch nicht zwei Jahren konkurs gemacht hat, auf diese Weise Geschäfte macht und die anderen Uhrmacher schädigt. Was nützen da Zusammenschlüsse der Regulatorgehäusefabrikanten, wenn der R. muß 5. Regulateure mit Schlagwerk für 14 Mark verkauft?“

Kein Wunder, wenn die Arbeiter in jenen Regulatorfabriken bis auf's Blut geschunden werden. Die Hungerlöhne der Schreiner und Bildhauer des Schwarzwaldes sind sprichwörtlich geworden. Alle ihre Vorstellungen am Erhöhung der ihnen gezahlten Jammerslöhne sind erfolglos geblieben. In Furimangen, Hornberg und Triberg ist mehrmals seitens der Arbeiter ein Vorstoß gemacht worden. Immer vergeblich, immer hieß es, die Konkurrenz macht eine Erhöhung der Löhne unmöglich. Nach der obigen Darstellung erscheint das verständlich, aber haben denn die Herren, die doch gegen die Arbeiter stets einig und geschlossen vorgehen, kein Mittel in der Hand, um solchen Schundkonturrenten das Handwerk zu legen? Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter, wenn die anständigeren Fabrikanten dazu ernstlich den Willen haben, bereit sind, ihnen zur Seite zu stehen, und zwar in der Weise, daß sie in jenen Schundbuden keine Hand mehr rühren werden, so lange deren Inhaber sich nicht zur Forderung höherer Preise und selbstverständlich zur Zahlung höherer Löhne verpflichten. Also nur einmal den Versuch gemacht, wir zweifeln keinen Augenblick, den gewünschten Erfolg garantiren zu können.

Der Streik der Möbeltischler bei dem Unternehmer Basser in St. Louis (Frankreich), dessen wir in Nr. 40 erwähnten, dauert noch immer fort. 115 Kollegen sind daran theilhaftig. Der Unternehmer hat elektrisches Licht eingeführt und verlangt nun, daß jeder Arbeiter monatlich 2 Francs dafür bezahle. Für die Reinigung der Werkstätten wollte er jedem 25 Centimes bis 1 Franc abziehen; endlich sollten die Arbeiter jeden Monat einen Franc bezahlen zur Unterstützungskasse. Die Arbeiter verweigerten das und traten in den Ausstand. Um die Arbeiter des Herrn Basser zum Nachgeben zu zwingen, sperreten mehrere seiner Kollegen ihre Arbeiter ebenfalls aus. Durch dieses gemeinsame Vorgehen sind 400 Arbeiter brotlos gemacht worden, davon sind 190 organisiert. Die zur Unterstützung einer so großen Anzahl Arbeiter nöthigen Summen sind am Orte nicht mehr aufzubringen, und die Streikenden appelliren an die Solidarität ihrer deutschen Kollegen. Gelder sind zu senden an Mathieu Delphin, Chambre syndicate de l'ameublement, St. Louis sur Semaufe, Haute Saone, Frankreich.

Der Vorstand des Korbmacher-Fachvereins in Kopenhagen macht uns Mittheilung, daß Veränderungen in ihrer Lohnbewegung nicht eingetreten sind. Die Unterhandlungen mit den Arbeitgeber wegen Aufstellung eines neuen Lohnsolls sind noch nicht abgeschlossen, und daher sei Bezug von dort bis auf Weiteres noch fernzuhalten.

Bewerkschaftliches und Lohnbewegung.
Die erzieherische Wirkung der Gewerkschaften. Bekanntlich stellen die Leipziger Buchbinderarbeiter im vorigen Herbst an ihre Prinzipale größere Forderungen in Bezug auf Lohn- und Arbeitszeit, die auch nach kurzem Streik bewilligt wurden. Nun verendet gegenwärtig die Vereinigung Leipziger Buchbinderarbeiter ein Zirkular an ihre Kundenschaft, in welchem der Antraggebern der Leipziger Buchbinder mitgetheilt wird, daß insolge der Lohnbewegung eine Erhöhung der bisherigen Preise nöthig wäre. Weiter heißt es wörtlich:

Wir geben Ihnen zur gefälligen Erwägung anheim, daß eine Verweigerung der bewilligten Zugeständnisse an die Arbeiter unausbleiblich einen Ausstand hervorgerufen hätte, welcher nicht abzusehende Geschäftsänderungen für die Buchbinderie und ihre Kunden mit sich bringen mußte und welcher die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter, die von einer nicht zu unterschätzenden Wichtigkeit für eine gute Arbeit ist, auf lange Zeit untergraben hätte.“ Wir begegnen hier einer recht verständigen Auffassung über das Verhältnis der Arbeiter zum Unternehmer und wäre nur zu wünschen, daß die Unternehmer immer von diesem Gesichtspunkte ihre Entschlüsse leiteten.“

Ueber die Kosten des Bremer Textilarbeiter-Ausstandes legt das Comité in der „Bremer Bürger-Zeitung“ folgende Abrechnung: Die Einnahmen betragen M. 24 090,88, die Ausgaben M. 24 078,50; von den Ausgaben entfallen M. 22 154,50 auf Streikunterstützung.

Ueber die Ausstände in Preußen vom 1. Oktober 1894 bis zum 1. Oktober 1896 ist in dem Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik eine Uebersicht aufgestellt worden. Darnach betrug die Anzahl der Ausstände (in Klammern folgen wir die Anzahl der Ausständigen hinzu) vom 1. Oktober 1894 bis 1. April 1895: 71 (3861), vom 1. April 1895 bis 1. Oktober 1895: 189 (6365), vom 1. Oktober 1895 bis 1. April 1896: 606 (17349), vom 1. April 1896 bis 1. Oktober 1896: 304 (51309). Die bessere Geschäftslage, die mit dem Jahre 1895 einsetzte, führte eine erhebliche Zunahme der Ausstände herbei; namentlich wurden auch größere Ausstände unternommen. Im Sommersemester 1896 fanden nur halb so viel Ausstände statt, als im vorhergehenden Wintersemester, aber mit einer dreimal so großen Zahl von Ausständigen. Die Arbeiter setzten ihre Forderungen ganz durch im Winter 1894-95 in 26 pZt., im Sommer 1895 in 33 pZt. im Winter 1895-96 in 66 pZt. und im Sommer 1896 in 66 pZt. der Ausständigen, theilweise in 24, 16, 13 und 21 pZt., garnicht in 50, 50, 21 und 23 pZt. der Fälle. Diese Prozentlätze beziehen sich auf die Zahl der Ausstände in den einzelnen Zeitabschnitten, wobei jedoch jede vom Ausstand betroffene Betriebsstätte für einen besonderen Ausstand gezählt wurde. Wäre die Zahl der feiernden Arbeiter zu Grunde gelegt, dann würde sich der Prozentsatz für diese wesentlich ungünstiger stellen, weil gerade die großen Ausstände, die zwar nur eine geringe Zahl von Unternehmungen, aber große Schaaeren von Arbeitern umfassen, vielfach erfolglos geblieben sind.

Von den Ausständigen gehörten an im Sommerhalbjahr 1896: Dem Baugewerbe 21 673, der Metallindustrie 4455, der Textilindustrie 3216, dem Bergbau 1061 und den sonstigen Erwerbszweigen 20 904.

Die Ursachen, die zu den Ausständen führten, waren im Sommerhalbjahr 1896 folgende: 148 Mal verlangten die Arbeiter Lohnerhöhung; Forderungen von Lohnerhöhung und Arbeitszeitverlängerung führten 57 Mal zum Ausstand; das Verlangen der Wiedereinstellung gemahregelter Arbeiter 34 Mal, geforderte Kürzung der Arbeitszeit 16 Mal. Die Arbeit wurde ferner eingestellt: 12 Mal, um beabsichtigte Lohnerhöhungen zu verhindern; 7 Mal, um die Entlassung misliebiger Arbeiter oder Werkmeister zu erzwingen, und 5 Mal wollte man nur andere Ausstände durch die Einstellung der Arbeit unterstützen.

Wie wenig das Einigungs- und Schlichtverfahren Eingang gefunden hat, geht daraus hervor, daß im Sommer 1896 bei 304 Arbeitseinstellungen nur in 18 Fällen staatliche und kommunale Organe vermittelnd eingriffen, dabei 6 Mal erfolglos.

Die Konferenz von Delegirten der Bergarbeiter Oesterreichs, die zwei Tage in Wien währte, beschloß, von einem allgemeinen Streik abzusehen, jedoch wegen der Vergleite insgesammt und gleichzeitig an die Werke wegen Lohnerhöhung herantreten. In dieser Hinsicht sei die Solidarität aller Verbände Oesterreichs erzielt worden.

Die Entwicklung der dänischen Gewerkschaften im dem Zeitraum von 1894 bis 1896.

	1894	1896
Es gab an Gewerkschaftsverbänden	28	40
Diese Verbände zerfielen in Lokalvereine	428	302
Außerdem gab es noch einzelne Lokalvereine	45	58
Die vereinigten Vereine hatten Mitglieder	25 576	54 757
Die Einzelvereine hatten Mitglieder	2 265	8 620
Gesamtzahl der Mitglieder	27 841	63 377
Die Jahreseinkünfte betragen in Kronen	817 372,14	711 063,61
Die Jahresausgaben	261 862,97	586 669,83

Unter den Lokalverbänden figurirt der Wagenbauverband mit 14 Vereinen und 280 Mitgliedern, der Drechslerverband mit 11 Vereinen und 205 Mitgliedern, der Sägearbeiter- und Maschinenfabrikerverband mit 9 Vereinen und 517 Mitgliedern, der Tischlerverband mit 45 Vereinen und 3422 Mitgliedern. Der stärkste Verband ist der der Arbeiterleute, welcher in 98 Vereinen 19 395 Mitglieder zählt; der Reihe nach folgen die Maurer mit 4296, die Tischler mit 3422, die Zimmerer mit 3298, die Tabakarbeiter mit 2461, die Schneider mit 2200, die Schuhmacher mit 2000 Mitgliedern usw. Der kleinste Verband, der der Bergarbeiter, zählt in 2 Vereinen 44 Mitglieder.

Zum Kampf der englischen Maschinenbauer. Die Londoner Maschinenfabrikanten haben am Dienstag unter dem Vorsitz des Herrn Siemens beschlossen, auf ihrem ablehnenden Standpunkte zu verharren. Sie werden keine Verkürzung der Arbeitszeit zubilligen, noch wollen sie die „Einmischung“ der Trades-Unions in die Leitung der Geschäfte dulden — „absolute Freiheit der Unternehmer“; sie weisen auch jeden Versuch auf Befreiung von dritter Seite nach wie vor zurück. — Die Fonds der Arbeiter werden jetzt in jeder Woche um £ 5000 (M. 100 000) durch regelmäßige Beiträge anderer Gewerkschaften gestärkt. Die einmaligen Zuschüsse sind auch nicht unerheblich; der „Daily Chronicle“ vom Mittwoch zählt alle diejenigen deutschen Gewerkschaften auf, welche Gelder eingekandt haben. Auch von Dänemark, Holland, Oesterreich, Amerika, Australien laufen Gelder ein, oder sind schon als unterwegs gemeldet. Die französischen Formen, welche für ihre Berliner Kollegen Sammlungen eröffnet hatten, setzen diese nun fort und wollen die gesammelten Gelder dann den englischen Maschinenbauern überweisen. — Das Handelsamt hat am 22. Oktober an die Sekretäre des Arbeitgeberverbandes und des Arbeiterverbandes im Maschinenbauergewerbe ein gleichlautendes Schreiben gerichtet, das auf die bellagenerwerblichen Folgen, die aus einer Verlängerung des Gewerbestreites dem Lande erwachsen würden, hinweist und die Zustimmung beider Parteien erhofft zur Zustandebingung einer Konferenz zwecks Einigung unter folgenden, vom Handelsamt vorgeschlagenen Bedingungen:

1. Der Unternehmer-Verband, indem er sich jeder Einmischung in die rechtmäßigen Handlungen der Trades Unions enthält, erklärt, keine Einmischung in die Leitung der Geschäfte zu dulden. Die Trades Unions ihrerseits erklären, ihr Koalitionsrecht voll und ganz anerkennen zu erhalten, aber keinerlei Einmischung in die Leitung der Geschäfte zu versuchen.
2. Das Verlangen der Trades Unions auf Einführung des Achtstundentages, welches an die Londoner Unternehmer gestellt worden war, ohne vorherige Verhandlungen, ist zurückgezogen.

8. Eine Konferenz zwischen Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter hat sofort zusammentreten, um die Frage der Arbeitszeit zu regeln.

4. Die Konferenz soll vorbereitet werden durch die beiderseitigen Vorsitzenden oder anderen von beiden Parteien gewählten Personen.

Der letzte Punkt ist, wie gesagt wurde, um deswillen mit angeführt, weil den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes in Glasgow, die erklärt hatten, „eine Einmischung des Handelsamtes sei überhaupt nicht notwendig“, entgegengekommen werden soll.

Wir sind auch der Meinung, daß auf dieser Grundlage wohl kaum eine Einigung erzielt wird, weil den Arbeitern doch nicht zugemutet werden kann, von ihrer Forderung, um die sie schon acht Wochen kämpfen, kurzerhand zurückzutreten. Immerhin wird eine gemeinsame Besprechung Klärung schaffen, und um deswillen wird sie den Arbeitern nicht unerwünscht sein. Sollte es unter annehmbaren Bedingungen zum Frieden kommen, um so besser, wenn nicht, dann werden sowohl die Waffen als auch die Solidarität der Arbeiter von Neuem geschärft.

Daß die deutschen Arbeiter den streikenden Maschinenbauern ihre Solidarität damit kund tun, daß sie nach besten Kräften für finanzielle Unterstützung sorgen, ist dem Vismarckorgan, „Hamb. Nachr.“, durchaus nicht unangenehm. Es schreibt: „Von anderen Gewerkschaften gehen täglich weitere Beiträge ein. Die Maurer haben £ 500 beigeküert. Die Hülfe, welche die deutschen Gewerkschaften den Streikern leisten, erregt in England bedeutendes Aufsehen. Der deutsche Gewerkschaftsverein der Steinmetzen schreibt: „Anliegend M. 500 für unsere streikenden Brüder. Euer Sieg ist unser.“ Der Exekutiv-Rath des deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter-Vereins hat M. 2000 gesandt, „mit den herzlichsten Wünschen auf baldigen und entscheidenden Sieg zur Ordnung der Treue unserer englischen Brüder.“ Die Berliner Möbelpolierer senden wöchentlich M. 300 „mit aufrichtigem Gruß“. Von den deutschen Werkzeugmachern sind M. 3500 eingegangen. Ihr Sekretär hofft, daß er vorerst jede Woche mindestens einen solchen Betrag senden kann. Der österreichische Metallarbeiterverein bietet ein Darlehen von £ 5000 an. Die dänischen Schmiede und Maschinenbauer haben £ 200 gesandt, obgleich sie erst einen vierzehnwöchentlichen Streik durchzumachen hatten. Die Delegierten, welche die englischen Maschinenbauer nach Deutschland geschickt haben, berichten, daß der parlamentarische Ausschuss der deutschen Gewerkschaften eine weitere Sendung von M. 3000 abgehen lassen wird. Der deutsche Buchdrucker-Verband wird M. 10,000 und der Verein Berliner Buchdrucker M. 5000 baldigst einschicken. In Hunderten von Werkstätten der deutschen Reichshauptstadt wird für die englischen Streiker gesammelt. Sympathie-Meetings, melden die Delegierten, sind in Hamburg, Berlin, Hannover, Leipzig, Dresden, München, Stuttgart, Frankfurt am Main, Köln, Essen, Chemnitz und Dortmund abgehalten. Die von deutschen Arbeitern versprochene und auf dem Wege nach England befindliche Summe beträgt M. 48,000. Einer der bekanntesten Kanzleibücher Londoners, Kanonikus Scott Holland, schreibt dem „Daily Chronicle“: „Bitte das Eingekaufene dem Schatzmeister des Gewerkschaftsvereins der Maschinenbauer zukommen zu lassen. Ich kann natürlich kein Urtheil über die streikenden Punkte abgeben, aber meine Ueberzeugung will ich nicht verhehlen, daß Gewerkschaften eine Lebensfrage für die Wohlfahrt der Arbeiter sind und daß Vermittelung seitens des Staates moralisch obligatorisch ist, wenn ein industrieller Konflikt den Umfang und den Ernst der jetzigen Arbeitsperre erreicht hat.“ Ganz ähnlich schreibt Kanonikus Barnett, der gleichfalls Geld schickt: „Ich glaube, daß für das nationale Leben gefährliche Kräfte zur Macht gelangen, sobald man die Gewerkschaften sich zu Tode bluten läßt.“ John Burns hofft noch immer auf das baldige Zustandekommen einer Konferenz zwischen Fabrikanten und Arbeitern. Worauf er diese Ansicht stützt, ist nicht recht ersichtlich. Die Londoner Messmacher sind trotz Gebots ihrer Exekutive, welche in Newcastle ihren Sitz hat, nicht wieder an die Arbeit zurückgekehrt. Sie verlangen einen Achtstundentag „sans phrase“, nicht, wie bisher, eine Stunde zum Spazierengehen. Infolgedessen sind die Werften der Schiffreparatur der Themse verödet. Nicht ein Mann arbeitet daselbst.

Das Geheiß der Arbeiterfeinde nützt nichts, die Solidarität kann den deutschen Arbeitern Niemand verbieten. Mag man auch den beiden englischen Vertretern, welche gegenwärtig in Deutschland zu den Arbeitern sprechen und die Lage des Kampfes um den Achtstundentag schildern wollen, alle möglichen Schwierigkeiten bereiten, die Solidarität wird dadurch nicht eingeschränkt, sondern im Gegentheil noch mehr gefördert werden. In Kiel ist der Abgesandte der englischen Maschinenbauer verhaftet worden, als er am Abend dort sprechen wollte. (Näheres siehe an anderer Stelle unter Korrespondenzen.)

Die Gewerkschaften in Spanien nehmen, wie dem „Vorwärts“ aus Madrid berichtet wird, einen erfreulichen Aufschwung. In der Hauptstadt haben die Stukkateure, die schon seit längerer Zeit organisiert sind, bereits einige Vortheile errungen. Sie haben die Akkordarbeit abgeschafft, die Arbeitszeit von 10 auf 8 1/2 Stunden herabgesetzt und haben ferner auch eine Lohnerhöhung von täglich 50 A durchgesetzt. — Die Steinmetzen von Madrid beabsichtigen ebenfalls, gegen das Akkordsystem anzukämpfen und für den Achtstundentag einzutreten. Sie haben den Meistern schon das Zugeständniß abgetrotzt, daß diese nur noch Organisirte einstellen. — In Corunna streiken etwa 100 Steinmetzen um eine Lohnerhöhung von 50 Centimes. — Ein Kampf größeren Umfanges, der schon seit Monaten währt, wird in Murcia zwischen den Inhabern einer großen Weberei und etwa 1500 Webern ausgetragen. Diese sollten anstatt zwei Webstühle deren vier bedienen, ohne Lohnausbesserung zu erhalten. Die Weber bedienten zwischen 8 und 10 Franken pro Woche. Die Streikenden sind leider nicht organisiert, aber sie werden von anderen Arbeiterorganisationen unterstützt. Trotz der mancherlei Schwierigkeiten, die ihnen von den Behörden bereitet werden, führen sich die Ausständigen musterhaft.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Waiseier und Kontraktbruch. Das Landgericht in Solle hat ein Erkenntniß gefällt, das für die Arbeiter im Allgemeinen von Interesse ist. Bekanntlich hatte die Tischlerinnung daselbst in diesem Jahre beschlossen, jeden Gesellen bzw. Arbeiter, der am 1. Mai feiert, ohne daß die Genehmigung dazu eingeholt wurde, sofort zu entlassen, ein

Kontraktbruch vorliege. Bekanntlich feierten die Hallschen Tischler in großer Anzahl und wurden entlassen. Die Arbeiter klagten vor dem Innungschiedsgericht und wurden selbstverständlich abgewiesen; denn man kann doch füglich von den Schiedsrichtern nicht erwarten, daß sie sich selbst rektifiziren. Dasselbe Schiedsgericht erkannte aber „zu Recht“, daß der Arbeitgeber berechtigt sei, von dem Kontraktbrüchig gewordenen Arbeiter als Entschädigung einen Wochenlohn zu verlangen. Das Landgericht, an welches sich zwei Arbeiter, die mit diesem Erkenntniß nicht einverstanden waren, wandten, entschied, daß das Freieren des einen Tages kein Kontraktbruch, sondern nur eine Aufsetzung der Arbeit sei und verurtheilte den Meister betr. zur Zurückstattung des für sechs Tage einbehaltenen Lohnes.

Nachwehen von der Ausperrung der Holzarbeiter der Firma Schäfer's Söhne in Schkenditz im Mai 1896. Im Juli vergangenen Jahres wurde der Tischler Dehmann vom Schkenditzer Schöffengericht wegen Beleidigung obiger Firma auf Denunziation des „Arbeitswilligen“ Bräutigam hin zu M. 20 Geldstrafe und Tragung der Kosten verurtheilt, welches Urtheil das Landgericht Halle bestätigte, trotzdem die Zeugen Hartung und Radwiz eidlich bekundeten, daß die betreffenden Äußerungen nicht gefallen seien. Bräutigam bekundete eidlich das Gegentheil. Im Februar d. J. äußerte sich B. in einem hiesigen Barbierladen: „Wenn Dehmann, Hartung und Radwiz einmal uneinig werden, wird der von H. und R. geleistete Meineid an den Tag kommen. Die Beleidigten stellten Strafantrag und wurde heute der pp. Bräutigam wegen schwerer Beleidigung vom hiesigen Schöffengericht zu acht Tagen Gefängniß und Tragung der Kosten verurtheilt. Hoffentlich wird nun der Eifer der Schäfer'schen Arbeiter, die Ehre ihrer Chefs zu retten, etwas nachlassen.

Das Reichsgericht hat die vom Reichstagsabgeordneten Wilh. Diecknecht eingereichte Revision verworfen. Derselbe ist bekanntlich vom Breslauer Landgericht zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt worden, weil er, wie ausdrücklich festgestellt wurde, bei Gelegenheit der Eröffnung des vorvorjährigen Bauletages in Breslau Worte gesprochen hat, die zwar an sich eine Majestätsbeleidigung enthielten, aber nach Ansicht des erkennenden Gerichtes geeignet waren, bei den Zuhörern den Glauben zu erwecken, der Redner habe beleidigen wollen. Diese Schlussfolgerung nennt man dolus eventualis, und diese Art dolus (Schuld) ist nach dem Ausspruche des Reichsanwaltes „ein längst feststehender Begriff“. — Auch der Reichstagsabgeordnete Dr. Franz Lütgenau hat drei Monate Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung, begangen in der „Rhein-Westfäl. Arbeiterzeitung“ und deren Kopialatte, der „Westf. Volkstribüne“, zu verbüßen, nachdem das Reichsgericht den gegen das Urtheil der Strafkammer in Dortmund eingereichten Revisionsantrag verworfen hat. Ferner wurde der Reichstagsabgeordnete Bueß in Mülhausen (Elsaß) verurtheilt und zwar zu zehn Monaten Gefängniß. Sein Vergehen bestand in Beamtenbeleidigung in fünf Fällen und in „Vereitelung beschlagnehmter Flugblätter“. — Der verantwortliche Redakteur des „Hamburger Echo“, Genosse Reinhold Stenzel, wurde wegen Beleidigung des Königs Leopold von Belgien vom Hamburger Landgericht zu acht Monaten Gefängniß verurtheilt und sofort in Haft genommen, jedoch gegen eine Kaution von M. 5000 wieder freigelassen. Die in dem betr. Artikel über den König der Belgier enthaltenen Angaben sind auch von bürgerlichen Blättern in Deutschland wie auch in Belgien gebracht worden, ohne daß eine Entgegnung oder gar eine Anklage erfolgte. Wegen das Urtheil ist Revision eingelegt.

Streitpostenflehen ist grober Unfug. Dieser modernen juristischen Deduktion hat sich nunmehr auch das Bielefelder Schöffengericht angeschlossen, indem es in einer zur Verhandlung stehenden Anklage erklärte, es sei gerichtsunterstützt, daß Streitpostenflehen eine Belästigung des Publikums bilde.

Entlassungen können wieder zurückgenommen werden. Immer noch ist in weiten Arbeiterkreisen die Meinung verbreitet, daß eine ohne Beachtung der Kündigungsvorschrift und ohne gesetzlichen Grund erfolgte Entlassung auch dann einen Entschädigungsanspruch begründe, wenn sie alsbald zurückgenommen werde. In vielen Prozessen vor dem Gewerbegericht geht dies hervor. Typisch für den Standpunkt der betr. Kläger ist der neulich vor der Kammer VI des Berliner Gewerbegerichts gefallene Ausspruch: „Wenn ich einmal entlassen bin, brauche ich nicht wieder anzufangen und kann ich die Entschädigung verlangen.“ Diese Ansicht ist durchaus falsch. Das Gericht nimmt an, Entschädigungsforderungen würden nur begründet durch Fügung eines Schadens, woran der Geschädigte schuldlos sei. Es liege nun in der Macht eines Arbeiters, der nach seiner Entlassung zum Weiterarbeiten aufgefordert wurde, sich vor dem Schaden zu bewahren. Gehe er darauf nicht ein, dann komme der Schaden auf seine Rechnung. Der Erfahsanspruch an den Arbeitgeber sei unter solchen Umständen unberechtigt.

Technisches.

Ein neuer Phonograph mit Schalltrichter (ohne Hörrohr). Die Nachtrage nach Phonographen ist in der letzten Zeit aus unserem Leserkreis eine lebhaftere gewesen und vielfach wurden wir um Auskunft über gute Fabrikate gebeten. Es war uns deshalb von Interesse, gelegentlich unseres Besuches in der Musikwerkfabrik von E. Dieck in Leipzig-Gohlis einen solchen zu finden, dessen Funktionierung in Bezug auf die Wiedergabe eine ganz ausgezeichnete ist. Der Phonograph bringt Sprache und Musik ungewöhnlich klar hervor, ohne daß sich das lästige Kreischen in den Ton einmischt. Ein Hauptvorteil desselben ist, daß die Walzen sehr standhaft und unempfindlich sind, so daß sie von jedem Kinde angelegt werden können, ohne Schaden zu erleiden. Die Herren Händler können diesen Phonographen schon für M. 240 verkaufen. — Die Erfinder-Firma Dieck in Leipzig steht bezüglich der Lohnzahlung an ihre Arbeiter von 23 Leipziger Firmen an dritter Stelle von unten mit durchschnittlich M. 19,50 pro Woche. Kein Wunder, wenn sie ihre Instrumente so billig abgeben kann, daß die Händler sie für M. 240 verkaufen können. **Fahrräder mit Musik.** Im Beisein mehrerer Beamten der Hamburger Polizeibehörde fand auf dem Hofe des Stadthauses eine Probe mit einem Fahrrad statt, das durch die Umkehrung der Räder ein Musikwerk in Thätigkeit setzt. Durch diese Einrichtung würde also die Drehorgel noch beweglicher werden als bisher, und selbst in Feld und Flur könnte man

sich ihren stereotypen Tönen nicht mehr entziehen. Der praktische Zweck dieses Fahrrades soll wohl der sein, den Straßenlärm, der durch die Asphaltierung eine wohlthunende Verminderung erfahren, in einer neuen Gräßlichkeit ausleben zu lassen.

Literarisches.

Das Protokoll über die Verhandlungen des letzten Parteitag ist soeben in einem 231 Seiten starken, gut ausgestatteten Buche erschienen. Der niedrige Preis des Werkes ermöglicht es jedem Parteigenossen, sich das der Wichtigkeit der Verhandlungen und der Bedeutsamkeit der Beschlüsse wegen unentbehrliche Werkchen anzuschaffen. Den genau wiedergegebenen Verhandlungen gehen Programm, Organisationsstatut, die Berichte der Parteileitung und der Reichstagsfraktion, sowie die zum Parteitag gestellten Anträge voraus. Eine Uebersicht über die Ergebnisse der Abstimmungen des Parteitag, Präsenzliste, Sach- und Sprechregister schließen das Buch.

Die 20. Auflage von Komme's historischer Studie **Jesus von Nazareth** ist soeben bei Wörlein & Comp. in Nürnberg erschienen. Die 19. Auflage, welche erst im Mai zur Ausgabe gelangte, war in wenigen Wochen vergriffen, so daß sofort zu einer neuen, der 20. Auflage der vorerwähnten Aufklärungsschrift geschritten werden mußte. Die Broschüre ist durch alle Buchhandlungen und Kolporture zu beziehen.

In freien Stunden. Illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk (Berlin, Verlag der Buchhandlung Vorwärts), Preis pro Heft 10 A, enthält in Nr. 42 und 43 den tausenden großen Roman: **Der Kampf um die Scholle**, von Elise Orzesko (Fortsetzung). — **Ferret: Ein Spion**, Skizze aus dem amerikanischen Bürgerkrieg. — **Gespräche im Himmel** (eine Blauderei von Paul Herje). — **Dies und Jenes** (Feuilletonistische und kulturhistorische Skizzen). — **Wiß und Scherz**.

Gesammelte Dichtungen von John Henry Maday erscheinen in Verlage von Karl Gendel & Co. in Zürich und Leipzig in 18 Lieferungen à 40 A. Kinder des Hochlands, eine Dichtung aus den Schottischen Bergen, ist die erste Lieferung der Sammlung.

John Henry Maday zählt bekanntlich zu den hervorragendsten Dichtern der Gegenwart. Modernes Denken und Fühlen spricht aus seinen Dichtungen; das Natürliche, Wahre und Volkstümliche ist ihm eigen und findet in seinen Liedern bezeichnenden Ausdruck. Wir können die Sammlung bestens empfehlen.

Briefkasten.

Goslar, Ja. Nähere Auskunft beim Hauptvorstand. **Nürnberg, G.** Linoleum wird hauptsächlich aus Korkpulver hergestellt, zu dessen Verbindung gelochtes Leinwand verwendet wird. Die Bestandtheile des Papiers sind verschiedene Lumpen, Spinnereialfälle, nach gemahlenes Holz, Stroh, verschiedene Gräser etc.). Die breite Masse, zu welcher diese Bestandtheile gemahlen werden, wird gebläut, mit harzsaurem Thonerde geleimt und häufig mit Thongips oder schwefelsaurem Baryt verlegt.

Wilkau, A. T. Die Korkeiche und Korkulme werden zwecks Gewinnung der Korkrinde nicht gefällt, sondern alle 3 bis 8 Jahre, je nachdem, geschält.

Lahr, H. F. Gewiß kann der Bevollmächtigte einer Zahlstelle als Delegirter zum Gewerkschaftskartell gewählt werden, es wird sogar rathsam sein, ihm in solcher Rücksicht Gelegenheit zu geben, für die Interessen seiner Organisation zu wirken.

Nürnberg, G. K. Günther's Deutsche Tischlerztg., Berlin W, Lützowstr. 6, ist die unseres Wissens beste Fachzeitung. Erscheint jede Woche einmal und kostet, unter Streifenband bezogen, vierteljährlich M. 2.

Dortmund, H. L. Eine Wachsbeyge ist uns unbekannt; wohl gibt es verschiedene sogenannte Wachspolituren (Aufblüung von gelbem Wachs und sein gestopfenem Kolobonium in Terpentinöl), die in allen möglichen Farben und Nuancen Verwendung finden. Soll ein Möbel alt-eichen gebleicht werden, geht das nur mit Beyge ohne Wachszug. Eine solche Beyge erhält man durch konzentrierte Abkochung von einem Theil Werberlohe aus frisch gemahlener Eichenrinde junger Stämme in vier Theilen Wasser, dem man ein Zwanzigstel Theil Soda hinzusetzt. Die Flüssigkeit wird durch ein Leinwand gefeilt und dann heiß auf das Holz aufgetragen und, wenn ziemlich trocken geworden, ist mit einer Aulblüung von einem Theil doppeltchromsaurem Kali in zehn Theilen heißem Wasser nachzubelagen. Es giebt außer dieser auch die Anilinbeizen, die aber erstens zu theuer sind und zweitens sich für große Arbeiten nicht eignen, weil die Gefahr vorliegt, einen unregelmäßigen Farbenton zu erzielen. (Obre zarte Drohung konnten Sie sich erheben; wenn wir Auskunft geben können, geschieht es gern, wenn nicht, dann nützt auch die Drohung nichts.)

Bremen, K. Schiebethürbeschläge liefert Herr F. W. Kiling in Deltum i W.

Hall, G. L. Spar- und Sammelbüchsen dürfen bei A. Knappe, Berlin SO, Wraugelstr. 189, zu haben sein.

Offenbach, G. S. F. Kristau, Berlin SO, Kottbuser Ufer 32 liefert Bilderrahmen-Leisten auch in kleineren Posten.

Stungen, L. Bis heute ist ein Bericht hier nicht eingegangen.

Münder, K. W. Das ist von Heraus schwer zu beurtheilen, da für den besagten Fall lediglich örtliche Bestimmungen resp. Verordnungen maßgebend sind. Zumeist ist die Kreissteuer mit dem Grundbesitz in Verbindung zu bringen, verstehen wir nicht. Nach unserer Auffassung und so weit man überhaupt den Begriff der Grundsteuer versteht, kann doch nur der zu einer solchen herangezogen werden, der auch wirklich über Grundbesitz verfügt. Das kann also bei dem von Ihnen genannten Herrn nicht zutreffen. Was also eine Kreissteuer ist und inwiefern eine solche von einem besitzlosen Handwerker bezahlt werden muß, entzieht sich unserer Kenntniß.

Vottroy, G. F. Wenn das in der Arbeitsordnung vorgelesen ist, ja und wenn es allgemein verboten war, daß der Behring Gänge für die Gesellen macht, gleichfalls.

Frankenthal, A. L. Holzstilen oder Koffer, roh oder polirt, werden angefertigt bei Herrn Oskar Böttcher, im Gebirge bei Pöberehau in Sachsen.

H. J. Sägenblätter aller Art erhalten Sie bei P. Aug. Hölling in Lennep, auch Friedr. Schängle in Ludwigshafen a. Rh. liefert solche.

Berichtungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 A.)

Braunschweig. Sonnabend, 6. November, Abds. 8 1/2 Uhr, im „Rhein. Hof“, Wendenstr. 45.
Hamburg. Am Dienstag, 2. November, Abends 8 1/2 Uhr, in Lütge's Etablissement, Valentinskamp.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Gera. Der Fremdenverkehr der organisierten Gewerkschaften befindet sich im „Gasthaus zur kühlen Quelle“, Rärengasse 6.
Das Gewerkschaftsstatut.

Peine. Den reisenden Mitgliedern zur Nachricht, daß von jetzt ab die Unterstützung beim Kollegen Karl Rohne, Steberdorferstraße 23, Mittags von 12-1 und Abends von 6-8 Uhr ausbezahlt wird.
Die Ortsverwaltung.

Regensburg. Den Kollegen zur Nachricht, daß sich Herberge und Vereinslokal vom 1. November an im „Gasthaus zum Edelweiß“, Silberne Kratzgasse, befinden.
Die Ortsverwaltung.

Rostock. Der Arbeitsnachweis der Tischler befindet sich in der „Zentral-Herberge“, Beguinenberg 10, und ist geöffnet an Wochentagen von 8 1/2-9 1/2 Uhr Abends und an Sonntagen von 10-12 Uhr Mittags. Alle Kollegen werden dringend ersucht, nur diesen Arbeitsnachweis zu benutzen.
Die Lohnkommission.

Schönlank. Den durchreisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unser Verkehrslokal bei Otto Radetzki, Wolfstraße 4, befindet. Bevollmächtigter G. Mittelreiß, Friedrichstraße 22. Kassierer Paul Rodrog, Gartenstraße 20. Septerer bezahlt die Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr aus.
Die Ortsverwaltung.

Der Kürschner Eugen Bodewitz aus Danzig ist von hier unter Mitnahme einer Sammelliste nebst dem gesammelten Betrag und eines Schlüssel vom Arbeitsnachweisbüro verschwunden. Sollte derselbe in irgend einer Polizeistelle auftauchen, so ersuchen wir die Verwaltungen, den p. p. Bodewitz zur Zurückgabe obiger Gegenstände zu veranlassen und dem Unterzeichneten Mitteilung von jenem Aufenthalt zu machen.
Die Ortsverwaltung Braunschweig.
R. Prad, Königsstr. 15.

Aufforderung.

Der Schreiner Lorenz Klauenberg, 36 Jahre alt, geb. zu Aachen, wird um Einleitung seiner Adresse behufs Mitteilung gebeten. Kollegen, welche den Aufenthalt desselben kennen, bitten wir, ihn hierauf aufmerksam zu machen.
[M. 1]

Die Ortsverwaltung Düsseldorf.
R. Krejschmar, Zimmermannstr. 40, II.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Kassel.

Sonnabend, 6. November, Abends 8 Uhr, auf dem „Bunten Bock“:

Fünftes Stiftungsfest,

bestehend in

Abendunterhaltung, Blumenverlosung und darauf folgenden Ball.

Zur Ausführung gelangt unter Anderem: „Sein Jubiläum“, ein Bild aus dem Handwerkerleben. In einem Anzuge, von Ernst Pretzang.

Eintritt inkl. Programm 25 A., eine Dame frei, jede weitere Dame 10 A.

NB. Die Mitgliedsbücher sind an der Kasse vorzulegen, indem der Zutritt nur Mitgliedern gestattet ist. Die Mitglieder der ausliegenden Verwaltungsgesellen sind hiermit freundlich eingeladen.
Das Comité.

Achtung, Holzarbeiter!

Niedersedlitz und Umgegend.

Samstag, den 31. Oktober
(am Reformationsfest):

Schweizpartie

nach Uebwaldergrund, Batri, Anselgründ, Gossflein etc. zurück nach Wehlen.

Dahelb: **== Tanz ==**

Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Allen Freunden und Kollegen zur Nachricht, daß sich unsere Wohnung von jetzt ab Siebmacherstraße 1, 2. St., befindet.
Nürnberg, 1. November.

H. Radestock, Schreiner.
M. Junge, Schreiner.

Kollegen **Joh. Strjg** aus Namslau und **A. Reinke** aus Wolgast, ich bitte um Eure Adressen.
A. Wolf, Hamburg,
Eppendorferstraße 83, Hs. 2.

Joh. Zipp, Tischler, aus Kiel, wo steht Du? Sende Deine Adresse an Deinen Freund **Carl Fiedler,** Büchst. a. Main, Gartenstraße 6.

Junger Mann, militärfrei, sucht Stellung in einem Drechslergeschäft als **Geschäftsführer,** wo ihm Gelegenheit geboten wäre, später event. solches zu kaufen. Offerten an **Friedrich Ruppert,** Eckenleben (Pfalz).

Meister.

Für eine bedeutende Emballagenfabrik, die speziell für die Margarine-Fabrikation arbeitet, wird zum baldigen Eintritt ein tüchtiger, gut empfohlener Meister, der auf diesem Gebiet Tüchtiges zu leisten im Stande ist, gegen hohen Gehalt bei dauernder Stellung gesucht. Offerten unter **N. L. 1580** an Haasenstein & Vogler, A.-G., Köln.

1-2 tüchtige Tischler

auf Polsterstelle gesucht.
H. Lichtenberg, Krefeld,
Blumenstraße 142.

Tüchtige Tischler,

welche auf bessere Möbel nach Zeichnung selbstständig arbeiten können, finden dauernde Beschäftigung.

Erste Erfurter Möbelfabrik mit Dampftrieb.
A. Ziegenhorn, Erfurt.

Tüchtige Tischlergesellen

finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung. Nach 14 Tagen Reiseentschädigung.
W. Schade, Möbelfabrik,
Sagan.

Ein Tischlergeselle,

welcher selbstständig arbeiten kann, findet dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn.
Ernst Brandt, Tischlermeister,
Fiddichow (Pommern).

Sofort gesucht: Leute auf Bambusarbeiten, event. junge Tischlergesellen, welche Lust haben, dieses Fach zu erlernen.
Carl Berg, Bambusmöbelfabrik,
Flensburg.

Polierergesellen erhalten sofort dauernde Arbeit.
F. Gentzsch & Sohn, Leisnig i. S.

6 Polierer und 4 Stuhlbauer

auf dauernde und lohnende Beschäftigung sucht
Emil Mundhenke, Stuhlfabrik,
Selle.

Ein geübter Bandjägerschneider,

der mit Schweißen von Büchsenhölzern vertraut ist, überhaupt mit sämtlichen Holzbearbeitungsmaschinen Bescheid weiß, findet als Vorarbeiter bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung.
Liedtke & Stolterfoht, Büchsenfabrik,
Lübeck, Roßlinger Allee 39.

In meiner Werkstatt finden noch **4 bis 5 tüchtige Holzdrechsler** bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung.
Franz Dyhren, Furniermöbel-Fabrik,
Döbeln.

1 tüchtigen Drechsler u. 1 Holzbildhauer

sucht sofort für dauernd
Max Hennig, Holzbildhauerei,
Döbeln i. S.

Ein tüchtiger Holzdrechsler,

der auch im Reparaturfach erfahren ist, wird sofort für dauernd gesucht.
C. Kessal, Lützenburg i. Hsfl.
Drechsler mit Dampftrieb.

3 tüchtige Drechsler

auf pol. Holzarbeit, Dampftrieb, finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung.
Ang. Werdermann,
Treibitz (Kr. Zeltow).

Ein Drechslergehülfe

für Dampftrieb findet bei gutem Lohn dauernde Arbeit bei
F. Ramm & Co., Stuhlfabrik,
Blomberg (Wippe).

Korbmachergesellen

erhalten dauernde Beschäftigung. Lohn: Strohk. Kiepen 45 A und Korkenkleben 35 A.
A. Fröbel, Stettin, Oststraße 72.

Sechs Korbmacher

auf runde Kugelnkörbe gesucht.
Carl Vorbeck,
Oranienburg, Sächsenhauser Chaussee.

Wenn Sie sparen wollen, tragen Sie nur das wegen seiner Vorzüglichkeit überall rühmlichst bekannte

Fellen-Hemd, bestes Eriocot-Hemd, fast unzerstörbar, warm, waschsch, nicht einlaufend.

Brust- oder mittl. groß. ganz groß.
Achselarm } M. 2,50 M. 2,75 M. 3,-
Hosen } 2,- 2,20 2,40

Vorhergehende oder Nachnahme.
Bon 2 Stück franko.
Gustav Krödel, Aheinberlauf, Zeitz.



Für nur 5 Mk. bestende gegen Nachnahme in feinste, stark getane, rein abgestimmte Concert-Ziehharmonika „Miranda“ mit 36reig. Korzen Orgelton: 10 Ziffern, 2 Register, 2 Hornklänge, 40 breite Stimmen, 2 Subalter, 2 Doppelklänge mit Stahlklängen, nach dem System für besten Invertibilität ist jede Garage leicht, offene Klaviertastatur, viele Klaviertöne, 50 Cms. großes Resonanzinstrument, garantiert haltbar!!! (Auf Wunsch liefern auch billiger Instrumente, die aber weniger empfindlich.)

Ein 36reig. Prachtwerk kostet nur 7 Mk., ein 48reig. 33 Cms. 8 Mk., ein 56reig. 33 Cms. 13 Mk., ein 2weil. 21 Ziffern, 4 Hörn., 33 Cms. 48reig. 19 Mk. Größe bewährte Glocke 50 Hrn. 48reig. Accordzither, hochrein 33 Cms. 24 Cms. 6 Stimmen, mit sämtlichen Zubehör nur 7 Mk., mit 3 Klaviert. 24 Cms. sogar nur 3 Mk. Selbstverständlich 1. Harmonika u. Zither, wonach jeder in 1 Stunde ohne Lehrer spielen kann. Preislisten, Verpackung unsonst. Porto 20 Pf. 2 Ziffernlisten auch nur 20 Pf. Porto. Zuschnahme, wenn Instrumente nicht gefast.
FRIEDR. SCHMERBECK,
Neuerstraße 1. Westf. No. 318.

Genossen! Kauft mir den Bleistift

von Jean Bloss, „Solidarität“ Stein bei Nürnberg.



Zeichen-Bureau!

vor 11 Jahren spez. für das Gebiet d. Tischlerei gegründet, liefert Bleistift-Entwürfe i. Maßstab 1:10 nach Angabe, sowie auch naturgroße Werkstatt-Zeichnungen.

Neues Vorlagenwerk für d. Bautischlerei, 30 Tafeln, nur praktische Skizzen, Maßstab 1:10, mit Kalkulation für Zeit und Material, M. 13 in Farbendruck.

Neues Vorlagenwerk f. d. Möbeltischlerei, 30 Tafeln, einfach ausführbare Entwürfe, Maßstab 1:10, mit Kalkulation für Zeit und Material M. 12, in Farbendruck.

Belehrung über korrekt zu machende Kosten-Voranschläge wird jedem Werke gratis beigelegt.

Ernst Rettelbusch, früher Tischler, Zeichner und Werkführer, jetzt technisches Bureau für Tischlerarbeiten, Nürnberg, Burgschmidstraße 19.

Scherm's Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter (u. Radfahrer!) 2. Aufl. Ueber 2000 Reise Touren. Mit 1 Eisenbahnkarte und 2 Orientierung-(Straßen-)Karten. Geb. M. 1,50. Zu bez. durch **J. Scherm,** Nürnberg, und die Expedition dieses Blattes.

Quittungsmarken, Rabattmarken, Kautschukstempel, sowie alle Druckarbeiten in Buch- und Steindruck liefert sauber und preiswerth **Konrad Müller,** Schtenditz-Leipzig. Illustrierte Preislisten gratis!

Tischlerschule Sternberg (Mecklenburg).

Programme kostenlos durch die Direktion.

Paul Horn, Hamburg

Fabrik chemischer Produkte.

Comptoir: Hamburg, Admiralitätstrasse No. 23.
Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

- Paul Horn's** Maßpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's** Menopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's** Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Patent-Politur** zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelanschlagen Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
- Paul Horn's** Filmsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
- Paul Horn** Histor. Ia. rektifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn** ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“
- Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
- Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der Drechserei-Fachausstellung Leipzig 1890.
- Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Verlag: A. Köhler, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., Beide in Hamburg.